
INTERIM
Wöchentliches Berl
auswärts
3 DM
2,50 DM
Antimilitarismus
Internationalismus
Antirepression
Anti-Elsässer
Anti-AKW
1.Mai
Antifa
Nr. 367
14.3.1996

ordner:
-radi veranstaltung saarbrücken
-18.März-karlsruhe
-G7 in Lyon

inhalt:

MÖHREN-JOGHURT-SUPPE

4 EL Butter
1 Zwiebel, geschält und feingewiegt
1 bis 2 Knoblauchzehen, sehr fein gehackt
½ TL Senfkörner
½ TL Kurkuma
½ TL Ingwer
¼ TL Cayennepfeffer, nach Geschmack mehr
½ TL Salz, nach Geschmack mehr
½ TL gemahlener Kreuzkümmel
¼ TL Zimt
500 g Möhren, geputzt und in feine Scheiben geschnitten
1 EL Zitronensaft
3½ bis 4 Tassen Wasser
2 Tassen Joghurt
1 EL Honig
schwarzer Pfeffer nach Geschmack

zum Garnieren:
frische Korianderblätter oder glatte Petersilie

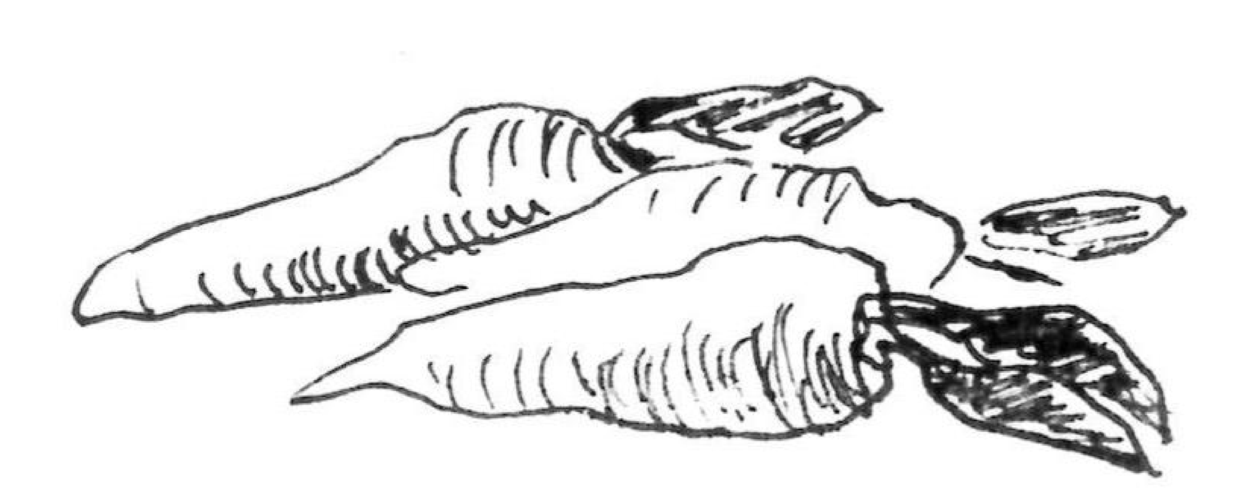
MÖHRENCURRY

4 bis 5 Tassen in Scheiben geschnittene frische Möhren
1 Tasse frisch gepreßter Orangensaft
Wasser
1 TL Salz
4 EL Butter oder Ghee (Seite 32
1 reife Banane
2 bis 3 EL Rosinen
Samen aus 4 bis 5 Kardamomkapse
1½ TL Kurkuma
1½ TL Senfkörner
4 Nelken
1 EL Kreuzkümmel
¼ TL Cayennepfeffer
1½ EL Maisstärkemehl
½ TL fertiges Currypulver (nach Belieben)

Die Möhren schaben und schräg in nicht zu dün
Scheiben schneiden. Mit dem Orangensaft sowie Salz
in einen Topf geben, mit Wasser eben bedecken und
etwa 5 Minuten leicht kochen.
In einem großen Schmortopf Butter oder *Ghee* zerlas-
sen und darin alle Gewürze ein paar Minuten rösten,
dann die Möhren mit ihrer Kochflüssigkeit, Rosinen
und die in feine Scheiben geschnittene Banane dazu-
geben.
Das Curry ungefähr ½ Stunde langsam köcheln. Sollte
die Flüssigkeit nicht eindicken, ein wenig davon in ei-
ner Tasse mit etwas Maisstärke verrühren, so daß eine
glatte, dünne Paste entsteht. Das Stärkegemisch rasch
in das Curry rühren und einmal aufwallen lassen. Jetzt
ist das Möhrencurry servierfertig, mit Reis oder *Cha-*
als eine exotische Spezialität.
für 4 bis 6 Personen.

Demonstration des Fortschritts in der Rubenzucht während des »Deutschlandtreffens« in Berlin/DDR

diesmal ist die Nummer wieder wie ein Mohrübeneintopf gekocht: Gemüse der Wintersaison aus der Region, dazu ein paar internationale Gewürze und andere Zutaten.
Aber wenn wir die Rüberzucht weiter erfolgreich betreiben (siehe Titel) wird vielleicht zum Frühling doch noch 'ne schmackhafte Suppe daraus.
Zwei Texte haben wir gekürzt: vom Brief vom Sub gibt's nur die fehlenden Stellen, der Rest ist in der I 363 zu finden - und auch vom Text zu Ursel Quack haben wir was weggelassen. Diese Infos gab's im Prinzip schon in der I 356.
Zum Schluß noch Danke für die vorbereitete Rückseite zur Köpi-Fete. Wir haben uns aber trotzdem für eine andere entschieden.



Impressum

HerausgeberIn:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10 961 Berlin

Redaktionsanschrift: s.o.

V.i.s d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

GEGEN KNÄSTE



FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
GEGEN KNAST, ISOLATION, FOLTER UND TODESSTRAFE!

Wir beteiligen uns an der Initiative, den diesjährigen 18. März zu einem bundesweiten Aktionstag zu machen, an dem wir unsere Solidarität und Verbundenheit mit den politischen Gefangenen – für ihre Freiheit, gegen Isolation, Folter und Todesstrafe – auf die Straße tragen.

Am 18. März werden in vielen Städten der BRD Aktionen, Veranstaltungen und Kundgebungen stattfinden. Der Zusammenschluß Libertad! hat diesen bundesweiten Aktionstag initiiert als einen Schritt auf dem Weg zu einem internationalen Kampftag, der in verschiedenen Ländern begangen werden soll. In einigen Ländern gibt es schon Tage, an denen die linken Bewegungen ihre Verbundenheit mit den Gefangenen demonstrieren. So ist beispielsweise der 17. April der Tag der palästinensischen politischen Gefangenen.

Bei vielen von uns kommen die Gefangenen, die Verfolgten und Weggeschlossenen im Alltag nicht vor. Es gibt nur noch wenige Gruppen, die sich kontinuierlich für die Gefangenen einsetzen, in den letzten Jahren ist es auch zunehmend schwieriger geworden, viele Menschen dafür zu mobilisieren. Das muß sich ändern!

Deshalb wollen wir diesen 18. März – nicht als Ritual, sondern als Möglichkeit einer gemeinsamen Initiative, um die Gefangenen überhaupt wieder in das Bewußtsein vieler zu rücken.

Der 18. März hat darüberhinaus in unserer Geschichte mehrfache Bedeutung: 1871 begann an diesem Tag die Pariser Commune, ein Tag ‚der noch bis in die Zwanziger Jahre in der internationalen ArbeiterInnenbewegung als der „Tag der Commune" gefeiert wurde. Am 18. März 1920 schlugen streikende ArbeiterInnen den faschistischen Kapp-Putsch nieder. 1923 rief die Rote Hilfe schließlich aus dieser kämpferischen Tradition heraus den 18. März als Tag der politischen Gefangenen aus.

Unsere Solidarität gilt allen, die verfolgt werden, weil sie für eine Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen, allen, die deshalb ins Exil oder in die Illegalität gegangen sind, die verhaftet wurden und werden und auf Jahre in den Knästen verschwinden. Sie alle sind Teil unseres Kampfes. Wir sind solidarisch mit allen, die sich gegen die alltägliche Unterdrückung und Reglementierung wehren, sei es auf der Straße, im Betrieb, in der Schule oder zuhause, mit allen, die in den Knästen und Abschiebeknästen revoltieren, sich organisieren und sich der Repression und Abschiebung widersetzen.

Wir wollen an diesem Tag unsere Solidarität mit Gefangenen aus verschiedenen Kämpfen ausdrücken, mit Gefangenen, die hier in Berlin, in der BRD und in anderen Ländern im Knast sind.

Wir meinen damit Mumia Abu Jamal, der seit 15 Jahren in der Todeszelle gegen seine Hinrichtung durch die rassistische US-Justiz kämpft.
Wir wollen erinnern an Ken Saro Wiwa, der von der nigerianischen Militärjunta im Auftrag des Ölmultis Shell hingerichtet wurde. Er ist einer von vielen, die ihren Widerstand gegen die Profitintersssen des Imperialismus mit dem Leben bezahlt haben.
Wir meinen Hanna Krabbe. Sie ist seit 21 Jahren im Knast, weil sie die Parole: Freiheit für alle politischen Gefangenen zu ihrer Sache gemacht hat: als Mitglied des Kommandos Holger Meins der RAF wurde sie bei der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm 1975 gefangengenommen.
Und Birgit Hogefeld, Gefangene aus der RAF. Ihr Genosse Wolfgang Grams wurde 1993 in Bad Kleinen von der staatlichen Killertruppe GSG 9 mit einem Kopfschuß öffentlich hingerichtet. Die staatliche Version: Selbstmord. Die Staatsschutzjustiz will Birgit Hogefeld jetzt für den Tod eines GSG 9-Bullen in Bad Kleinen verurteilen, obwohl sie während des Schußwechsels zwischen den Bullen und Wolfgang Grams schon festgenommen mit einer Knarre am Kopf auf dem Boden lag. Die staatliche Version: Mord. Geschichte wird gemacht.
Benjamin Ramos Vega, der seit über einem Jahr in Berlin-Moabit in Isolationshaft sitzt. Der spanische Staat klagt ihn der Unterstützung der baskischen Befreiungsorganisation ETA an und fordert seine Auslieferung. Die Anklage beruht ausschließlich auf Aussagen, die unter Folter erpreßt wurden und das ist in Spanien keine Besonderheit: politische Gefangene werden in den spanischen Knästen und Polizeirevieren systematisch gefoltert.

Diese Gefangenen sind nur einige von vielen. Ausländische GenossInnen werden hier in ihrer politischen Betätigung schon durch das rassistische Ausländergesetz eingeschränkt. Daß sich zum Beispiel KurdInnen trotzdem politisch organisieren, in der BRD den nationalen 'Befreiungskampf' in Kurdistan offensiv unterstützen und Widerstand gegen den Völkermord in Kurdistan leisten, das widerspricht den ökonomischen und politischen Interessen der BRD. Eine organisierte politische kurdische Bewegung wird daher seit Jahren kriminalisiert: KurdInnen werden verhaftet, mit Prozessen überzogen und abgeschoben. Über 200 kurdische politische Gefangene sitzen in den Knästen der BRD.

Die Freiheit aller politischen Gefangenen und der Kampf gegen das Knastsystem ist ein grundlegendes Ziel linker Politik. Wir wollen am 18. März in einer gemeinsamen Initiative unsere Solidarität mit den politischen Gefangenen und unsere Ablehnung des herrschenden Systems ausdrücken.

Die Unterstützung trägt mich von Tag zu Tag, von einer bedrohlichen Situation zur nächsten, vom Tod zum Leben. Angesichts dessen, was hinter mir liegt, schätze ich mich sehr glücklich. Ich bin den zehntausenden von Menschen, deren Namen ich meist nicht einmal kenne, von Herzen dankbar für ihre Unterstützung" (Mumia Abu-Jamal nach der Aussetzung seines Hinrichtungsbefehls im August 95)



Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, Prozeßbüro Birgit Hogefeld, Rote Säge, Initiative für die politische Diskussion mit den Gefangenen.
Unterstützt von:
FelS (Für eine linke Strömung) und B 259

Kontaktadresse: Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, Wilhelmstraße 9, 10963 Berlin, Tel./FAX 030/251 85 39



Einladung zum Versuch, uns über unsere Männersexualität - real gelebte/ Wünsche/ Bedürfnisse/ Frustrationen/ usw. - vor allem im Blick auf Grenzerfahrungen und -überschreitungen, Verletzungen und Möglichkeiten auszutauschen.

Es geht uns um persönliche Gefühle, Gedanken (Philosophien) zur gegenseitigen Anregung/Verständnis und nicht zum Schlagabtausch.

Wir wollen darüber reden, wie Beziehungen lebbar sind; indem wir unsere persönlichen Erfahrungen mit Offenheit in Beziehungen über Wünsche und Bedürfnisse, Grenzerlebnisse bzw. Wahrnehmung von eigenen Grenzen und der/des Anderen austauschen.

Vor allem wollen wir auch die eigene Wahrnehmungsfähigkeit entwickeln:
was will ich; was trau ich mir zu wollen; wieviel weiß ich eigentlich, was ich will; auf was laß ich mich alles ein, um was anderes zu erhalten?
(Jede Beziehung ist ja wohl ein Kompromiß - was heißt das!?)

und andersherum genauso: was will/was tut er/sie und warum? - wieviel davon will ich sehen/verstehen bzw. nicht?

Muß mir genau gesagt werden, wie sich mein Gegenüber fühlt? was ist, wenn er/sie es nicht kann? ab wo/wann spüre, bemerke, verstehe ich Unsicherheiten/ Ängste und ab wann nehme ich sie ernst bzw. versuche ich überhaupt damit umzugehen!?

Uns geht es um einen Blickwechsel:
Die Fraktion gegen Nebenwidersprüche blickt von der Höhe ihrer abstrakten Unterdrückungskategorien (hier: Erwachsene unterdrücken/mißbrauchen Kinder und Jugendliche) auf die konkreten Beziehungen und beurteilen/ verurteilen sie. Die Widersprüchlichkeiten menschlicher Beziehungswünsche und -realitäten müssen ihnen darum verschlossen bleiben.
Wäre es nicht zu versuchen, von den Niederungen der konkreten Beziehungen ausgehend über die Männergewalt in ihnen zu reden und vielleicht sogar Ideen zu entwickeln, wie Beziehungen auch unter den strukturellen Hierarchien weniger unterdrückend/mißbrauchend lebbar sein könnten?

Wir hoffen, daß sich bei so einem Gespräch keinE JugendlicheR oder jungeR "ErwachseneR" ausgegrenzt oder mundtod gemacht fühlt, denn für uns gibt es keine Kategorien wie wichtig/schlau/produktiv/gleichberechtigt usw., wenn wir darüber reden, wie wir unsere Beziehungen bzw. unseren Sex leben.

Wir sehen diese Veranstaltung nicht als ausschließliches Männertreffen, möchten aber hauptsächlich mit Männern über "unsere" Sexualität und was daraus so alles folgt, reden.

Praktisch haben wir und das Ganze so vorgestellt:

Es wird mit Sicherheit keine Konsumveranstaltung!

Es gibt keine einleitenden, schlauen, wichtigen Redebeiträge.
Wir möchten, daß zu Beginn jeder (jede) persönlich Gedanken/eigene Probleme/ Erfahrungen zum Thema aufschreibt, wofür wir uns mindestens 15 min. Zeit nehmen werden.

Danach möchten wir aus den Anwesenden eine kleine "Jury" bilden, die erstmal 10-15 Beiträge aussucht, die dann einzeln (evt. auch zusammen) als Gesprächseinstieg vorgelesen werden.

Mit am wichtigsten finden wir das "Gesprächsklima", deshalb wird es eine Diskussionsleitung geben, um sicherzustellen, daß auch Menschen, die eher unsicher oder zurückhaltend oder ängstlich sind, Raum und Zeit und hoffentlich auch die Atmosphäre haben, in der sie etwas erzählen können/möchten.

Ansonsten wird nicht geraucht (es gibt Rauchpausen ca. jede Stunde) und wir erwarten natürlich alle Männer, die sich mit dem Patriarchat beschäftigen (beschäftigt haben) vollzählig und pünktlich am

Sonntag, 24. März 1996 um 19.00 Uhr
Yorckstr. 59, Hh, Veranstaltungsetage

♥-lichst eure heißgeliebten Schwuchteln



Wenn jemand unbedingt einen Kuchen backen möchte oder so - großartig; wir kümmern uns um Tee/Kaffee/Wasser/Saft.-

---

hallo schwuchteln,
euren Ansatz, über Sexualität ganz konkret zu reden, finden wir sehr begrüßenswert. Dennoch: ein gewisses Unwohlsein bleibt nicht aus beim Lesen eurer Einladung. In unklaren Formulierungen über Machtverhältnisse in Beziehungen bleibt für uns der Verdacht, daß eine klare Positionierung gegen Mißbrauch nicht stattfinden wird....oder?

einige Frauen aus der Interim



Das bedeutet wiederum für uns, daß wir uns wiedermal mehr einschränken müssen als vorher (es wird jedes Jahr mehr).
Wer allerdings diese Pleite verursacht hat, diese Frage steht wie immer nicht im Raum.
Aber die, die sie wieder ausbaden dürfen ist von vornerein klar; Jugendklubs, freie Träger, Kinder - und Schülerläden.
Diese Liste wäre jetzt noch endlos fortzusetzen, aber die Herren und Damen Politiker und Politikerinnen wissen auch ohne uns, wen man (und auch frau) am besten plündern kann.
Kinder und Jugendliche sind die (angebliche) Zukunft eines jeden Landes.
Auch die des unsrigen.
Da frage ich mich als Jugendliche dieses Landes, (welches ja total kinderfreundlich sein soll), weshalb dann trotzdem als erstes an uns gespart wird.

Wir wissen, wer die Pleite verursacht hat !
Wir wissen, wer sie im Endeffekt ausbaden soll !

Aber nicht mit uns !
Deshalb wird aufgerufen zum großen Riot, am 15.03. 1996, 16:00 Uhr auf dem Alexanderplatz !!
Zerschlagt die kapitalistischen Einkaufszentren - als Beweis Eurer Wut !
Geht auf die Straßen - als Zeichen Eures Protests !
Terrorisieren wir die PolitikerInnen - zerstören wir ihre scheiß Hauptstadtidylle !

WIR HABEN OLYMPIA NICHT GEWOLLT !!!
DER UMZUG DER POLITIKER/NNEN NACH BERLIN IST GENAUSO EINE GELDVERSCHWENDUNG WIE DIE BULLENEINSÄTZE ZUM SCHUTZ DER KONSUMTEMPEL DER OBEREN ZEHNTAUSEND !!
UND DAFÜR SOLLEN WIR JETZT BLECHEN ???

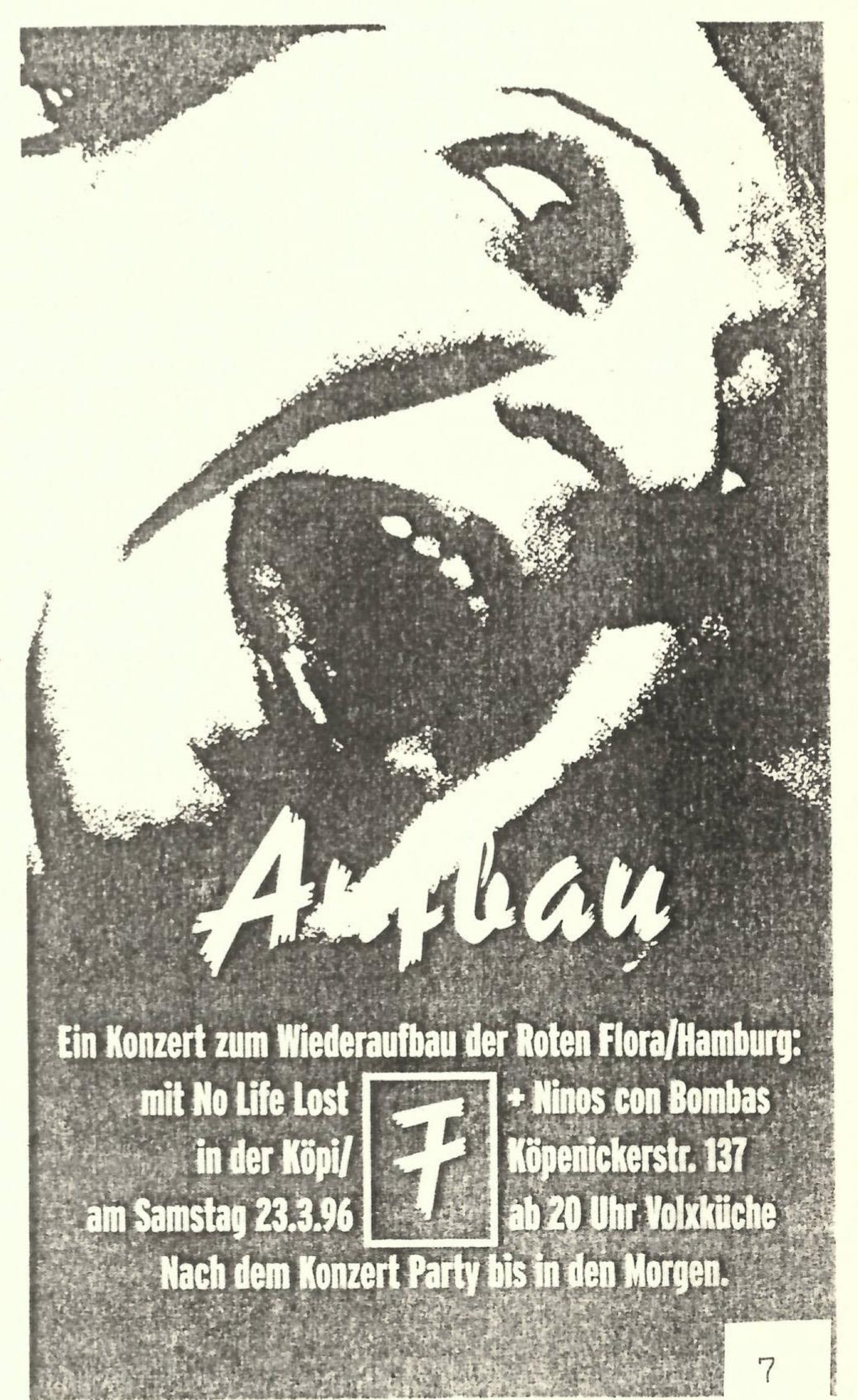
AKTION "JUGEND AUF DIE STRAßE "

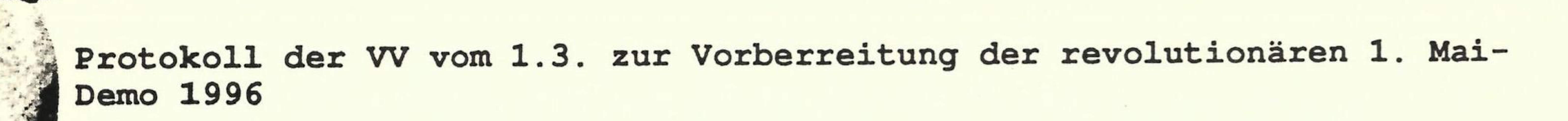
„Stoppt die Zerstörung Goas durch die multinationalen Tourismuskonzerne“



stand in englischer Sprache auf dem Transparent, das am Montag auf der „Internationalen Tourismusbörse“ in Berlin für etwas Aufregung sorgte. Auf der Pressekonferenz der indischen Delegation verteilten TourismuskritikerInnen übersetzte Flugblätter der „Armee wachsamer Goaner“. Sie richten sich vor allem gegen die verheerende Wirkung des Luxustourismus. Aber auch die jettende Ravercommunity, die mit immer mehr Strand-Technoparties für schlaflose Nächte und Ecstasyüberschwemmung sorgt, steht ob ihres Kulturimperialismus im Blickfeld der Kritik. Als die DemonstrantInnen am Montag gar noch das Wort ergreifen wollten, wurden sie von dem Gefolge des indischen Tourismusministers, Ashok Pahwa, aus dem Saal gedrängt. Pahwa hatte in seinem Eingangsstatement weiszumachen versucht, daß die okologische Vertraglichkeit erste Prioritat in der indischen Tourismuspolitik habe. Zum Beleg verwies er auf eine „einzigartige“ Regelung, die an den Kusten Indiens Betonbauten erst 500m von der Flutlinie entfernt zulasse. Wieviel das mit der Realität zu tun hat, zeigt das von Lufthansa-Kempinski mitfinanzierte „Leela Beach“ in Goa, das vor kurzem als das beste „Luxury Beach Resort“ Indiens ausgezeichnet wurde. Die Landzunge, über deren ganzen Breite sich das „Leela Beach“ erstreckt, mißt etwa 500m.







Protokoll der VV vom 1.3. zur Vorberreitung der revolutionären 1. Mai-Demo 1996

Insgesamt waren ca. 90 - 100 Leute anwesend, darunter VertreterInnen verschiedenster Gruppen und der bereits bestehenden Vorbereitungskreise zu den Blöcken Antifa, Frauen/lesben und sozialrevolutionärer Block. Ttrotzdem repräsentierte die VV keinen Querschnitt der Berliner linksradikalen Gruppen. Die Teilnahme von Leuten bzw. Gruppen aus den älteren autonomen Zusammenhängen war auffallend gering.

Zum Ablauf:
Wir haben zu Beginn einen kurzen Überblick über den bisherigen Stand der Vorbereitungen zu den verschiedenen Blöcken gegeben:
Antifablock: beteiligen sich bisher 8 Gruppen, die einen Aufruf und ein Plakat erarbeiten und sich regelmäßig treffen.
Frauen/Lesbenblock: fand erst ein Treffen statt, weswegen noch nichts genaueres berichtet werden konnte.
Sozialrevolutionärer Block: das erste Treffen stand hier noch aus.
BesetzerInnen/Häuserblock: hat keinEr darüber berichtet.

Anschließend haben wir das in der Antifablockvorbereitung abgestimmte Vorbereitungskonzept zusammenfassend dargestellt:
- Vorbereitung zu thematischen Blöcken, weil wir es naheliegend finden, daß Gruppen mit den selben Arbeitsschwerpunkten in einer inhaltlichen Auseinandersetzung (Aufrufe) erklären, warum sie ihren Politikansatz als revolutionär verstehen und diesen auf der Demo durch ein gemeinsames Auftreten kenntlich machen.
- Bildung eines Vorbereitungskreises, der sich möglichst aus Delegierten der Blockvorbereitungen bzw. aus weiteren interessierten Gruppen zusammensetzt.
- Aufteilung dieses Vorbereitungtreffens in AGs zu den möglichen Themen:
1. Aufruf/Plakat
2. Demotechniks
3. Pressearbeit
4. Mobilisierung

Weiterhin haben wir (die Antifablockvorbereitung) die Gründe erläutert, die unserer Ansicht anch für die Durchführung der Demo am Prenzlauer Berg sprechen:
- die "Traditionslinie" Kreuzberger 1. Maidemos sehen wir dadurch unterbrochen, daß es in den letzten beiden Jahren keine breiter getragene Demovorbereitung gab.
- wir können uns auf die Ereignisse im Prenzlberg letztes Jahr beziehen.
- auch dieses Jahr wird es ein Straßenfest am Humannplatz geben, in dessen Nähe wir die Demo beenden wollen.
- außerdem ist Kreuzberg ein relativer "Sicherheitsbezirk" geworden.

Abschließend wurde von der Antifablockvorbereitung noch einmal vorgetragen, was prinzipiell für die Durchführung der rev. 1. Maidemo spricht:
- den 1. Mai weiterhin als revolutionäres Datum mit unseren Forderungen und Inhalten belegen.
- uns damit in die kämpferische revolutionäre Tradition des 1. Mai stellen.
- trotz aller Differenzen das auf die Straßen tragen, was uns eint, die Forderung nach revolutionärer Veränderung.
- die gesteigerte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gegenüber linksradikalen Aktionen nutzen.

Die grundlegende Stimmung dieser Initiative gegenüber war positiv.
Die anschließende Diskussion drehte sich zunächst um den Auftaktort der Demo. Die RKs haben in einem vierseitigen Diskussionspapier, das sich für eine gemeinsame breite internationalistische 1. Maidemo ausspricht, für den Anfangsort 13.00 Uhr O-Platz plädiert. Diese Meinung wurde von 2 weiteren Gruppen und einigen TeilnehmerInnen ebenfalls vertreten.
Argumente für Kreuzberg waren:
- daß der Ort und die Uhrzeit eine Tradition haben und bereits über die BRD hinaus bekannt sind.
- daß viele in Kreuzberg lebende ImmigrantInnen nicht an einer Demo teilnehmen würden, die nur durcg den Osten geht.
- daß die KreuzbergerInnen den Ereignissen um den 1. Mai grundsätzlich aufgeschlossener gegenüberstehen.
- außerdem gab es den Vorschlag, die Demo am O-Platz zu beginnen und am Prenzlberg zu beenden.
Die Diskussion endete auf der VV ohne konkretes Ergebnis mit dem Beschluß, Daß die Frage O-Platz oder Prenzlberg im Vorbereitungskreis entschieden wird.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Beteiligung der RIM an der DEmovorbereitung. In der Antifavorbereitung wurde der Konsens erarbeitet, daß wir eine Teilnahme der RIM auf der VV und der Demo selbst in Ordnung finden. Eine Beteiligung am Vorbereitumgskreis selbst lehnen wir jedoch ab. Für diese Entscheidung waren neben politischen Differenzen v.a. die Streitigkeiten und nicht eingehaltenen Absprachen innerhalb früherer 1. Maivorbereitungen ausschlaggebend.
Gegenstimmen auf der VV sprachen sich füreine Beteiligung der RIM aus, da diese ihrerseits einen klaren Willen zur Zusammenarbeit bekundet hat und deshalb die Argumente nicht den Ausschluß einer Gruppe aus der Demovorbereitung rechtfertigen. Die abschließende Diskussion zu dieser Frage wird ebenfalls auf dem Vorbereitungstreffen geführt werden.
In einzelnen Diskussionsbeiträgen tauchte immer wieder Kritik an der mangelnden inhaltlichen Bestimmung der rev. 1. Maidemo auf.
Für uns ergibt sich diese inhaltliche Bestimmung aber aus der kontinuierlichen politischen Arbeit, in unserem Fall Antifapolitik mit revolutionärem Ansatz. Von daher fügt sich die Vorbereitung und Beteiligung an der 1. Maidemo in die kontinuierliche praktische Politik ein, weil wir am 1. Mai aufzeigen wollen, warum konsequenter Antifaschismkus notwendigerweise die Forderung nach einer revolutionären Umwälzung des bestehenden Systems beinhaltet.
Wir finden die Ansprüche an eine 1. Maivorbereitung überzogen in denen formuliert wird, daß die revolutionäre Linke sich zuerst auf gemeinsam getragene Inhalte und Strategien einigen muß, quasi bevor wir eine Demonstration zusammen durchführen können.
Wenn wir uns realistisch die Situation speziell unter den Berliner linksardikalen Gruppen anschauen, dann sehen wir die 1. Maivorbereitung darin als einen kleinen positiven Schritt in Richtung gemeinsame inhaltliche Auseinandersetzungen.

Wir würden es begrüßen, wenn sich noch mehr Blöcke bzw. Gruppen an den 1. Maivorbereitungen beteiligen wollen!!!
Wir werden weiterhin über den Stand der Vorbereitungen und die laufenden Diskussionen berichten und würden gerne Eure Meinungen dazu hören!!!
Die Termine des Vorbereitungstreffens sind zu erfahren im Nachladen, Waldemarstr. 36, Freitags von 16.00 - 20.00 Uhr

Es gibt kein Ende der Geschichte - zusammen gehört uns die Zukunft
Antifa Aktion - Berlin

Einige Überlegungen zu unserer Initiative, der **VORBEREITUNG EINES "SOZIALREVOLUTIONÄREN BLOCKS"** auf der revolutionären *'1.Mai'-Demo* 1996

Ohne Unbehagen ging es in den letzten Jahren nie zum 1.Mai. Die roten Fahnen mit Lenin-Stalin/Mao, die "Heraus zum revolutionären ersten Mai"-Plakate, die O-Straße als Mao-Gedenkstätte: das alles verströmte den Modergeruch eines Mausoleums, welches an das "Ende der Geschichte" erinnerte. Wer allein oder mit einigen FreundInnen bis zum Beginn der Demo die O-Straße entlang pilgerte, wurde von "Revolutionären" mit ernster Miene daran erinnert, das ein Bier zuviel vor der Demo die "revolutionäre Disziplin" mindern würde. Macho-Kiezfürsten machten sich wichtig, einige Kids zogen schon einmal zur Probe die Tücher vor die Nase und liefen um die patroullierenden Bullen Slalom. Jaja, der Kult. Was uns blieb war die Einsamkeit des vereinzelten Streitens gegen ein System, welches nur die Revolution verdient hat, doch- mit wem will ich für welche Revolution mit welchem Resultat kämpfen (*remember Kronstadt, die Spanische Revolution*)?

Also, liebe antiautoritäre LinXradikale, Einzelpersonen, FreigängerInnen, Freaks, TräumerInnen, Frustrierte, zeitlose Outlaws, PunX, JobberInnen, Arbeitslose, Lohn-, Methadon-, Schokoladen-Abhängige (!), HaschrebellInnen, Lebenshungrige, SystemgegnerInnen - werte StaatsfeindInnen - im **sozialrevolutionären Block** wird es <u>keine</u> Parteikader mit Stalin- oder Mao-Banner geben. Er soll der Vernetzung der undogmatischen linXradikalen Menschen dienen. Also Leute, lernt Euch kennen.
Es lebe die soziale Revolution.

1. Warum ein "sozialrevolutionärer Block" auf der revolutionären '1.Mai'-Demo?

Zum einen, um mit allen Menschen, die sich als antiautoritär & revolutionär verstehen, ein geschlossenes Auftreten zu erreichen, das bestimmte sozialrevolutionäre Inhalte auf die Straße bringen soll und sich auch inhaltlich von den StalinistInnen abgrenzt.
Wir finden es gut, daß alle Menschen, die sich als linX &revolutionär verstehen, auf die Demo kommen können, halten die Blockorganisierung aber für eine Chance und Möglichkeit, unser antiautoritäres, hierarchie- und stellvertreterInnenfeindliches Politikverständnis auf der Straße auszudrücken. Desweiteren erhoffen wir uns natürlich einen spannenden Austausch mit Gruppen & Individuen, die ähnlich denken und hoffen, daß sich über den 1.Mai hinaus eine kontinuierliche Vernetzung von antiautoritären, linXradikalen Menschen & Gruppen entwickelt (*unser Traum wäre z.B. ein regelmäßiges **"Sozialrevolutionäres Plenum"***).

2. Warum Soziale Revolution ?

Um es kurz und vorweg zu sagen: *Eine Politische Revolution reicht nicht aus.*
<u>Wir wollen viel mehr!</u>
Wenn auf der 1.Mai-Vollversammlung im Mehringhof gerade StalinistInnen behaupten, wir alle seien doch RevolutionärInnen, also gleichermaßen revolutionär, können wir nur müde lächeln.
Für uns bedeutet "soziale Revolution" *sämtliche Ebenen des Systems umzuwälzen*. Es gibt für uns *keine Haupt- oder Nebenwidersprüche*; Herrschaft muß in all ihren Erscheinungsformen bekämpft werden (*Staat, Männerherrschaft, Kapitalismus, Rassismus, etc.*)
Eine soziale Revolution muß natürlich international sein, aber sie wird nur durch selbstorganisierten, kollektiven Widerstand von unten erzielt werden können. Minderheiten können zwar Formen der HERRschaft abschaffen, *nur Mehrheiten aber können die HERRschaft selbst abschaffen!*
Ein solches Konzept steht natürlich im Widerspruch zu Partei- oder Staatskommunistischen Revolutionsmodellen, die über eine Avantgarde oder BerufsrevolutionärInnen und Staatlichkeit, kurz, von oben Veränderungen herbeiführen wollen und somit lediglich die Formen der HERRschaft austauschen, sie aber nicht abschaffen.

Wir sind der Meinung, daß eine breite, revolutionäre Bewegung geschaffen werden muß (dazu bedarf es unserer Meinung einer verbindlichen Organisierung), die aber schon jetzt versucht, Politikformen zu praktizieren, die emanzipatorisch sind (mit dem Ziel der Aufklärung, der gegenseitigen Hilfe, der solidarischen Kollektivität, den Prozeß des Lernens *"Alle müssen alles Lernen können"*). Wir wollen uns bei diesem Versuch auch auf historische Erfahrungen & Analysen berufen (z.B. die Spanische Revolution).
Zusammenfassend: **Soziale Revolution heißt Umwälzung von unten und durch Selbstorganisation** (*z.B. über **Rätemodelle**; die **Kollektivierung** von Produktionsmitteln, Häusern und Land; ein **basisdemokratisches Delegiertensystem**, wobei die Delegierten an das **imperative Mandat** der Basis gebunden sind und durch das **Rotationsprinzip** abgelöst werden; **Vollversammlungen;** gemeinsames und solidarisches Leben und Arbeiten in **Kommunen und Kollektiven** unter **völlig neuen Verhältnissen** zwischen Männern und Frauen, Alten und Jungen, Erwachsenen und Kindern, Mensch und Natur, etc.*)

3. Warum antiautoritär ?

Antiautoritär heißt für uns, daß jede und jeder sich selbst vertreten soll und kann. StellvertreterInnenpolitik bzw. eine hierarchische Organisierung lehnen wir ab und wollen dem die basisdemokratische, auf Gleichberechtigung beruhende Selbstorganisation entgegensetzen.
Wir wollen auch keine Avantgarde, die sich selbst als die 'bessere' Bewußtseinsform versteht und sich an die Spitze einer Bewegung setzen will.
Als bunter Haufen von MarxistInnen, AnarchistInnen und auch Leuten, die sich als Autonome verstehen, eint uns der Anspruch, antiautoritäre, revolutionäre Politik machen zu wollen, unseren Beitrag zum Aufbau einer breiten, außerparlamentarischen Bewegung leisten zu wollen.
Die **Ökologische Linke** (ÖkoLi)- als basisdemokratische, linXradikale Organisation ist für uns eine Möglichkeit und der Versuch, einer Isolierung linksradikaler Politik entgegenzuwirken:
Alleine geht das nicht, nur mit allen zusammen.
Deswegen ist uns der Austausch so wichtig und wir hoffen, mit dieser Initiative für einen sozialrevolutionären Block auf diese Koordinierung hinzuarbeiten.

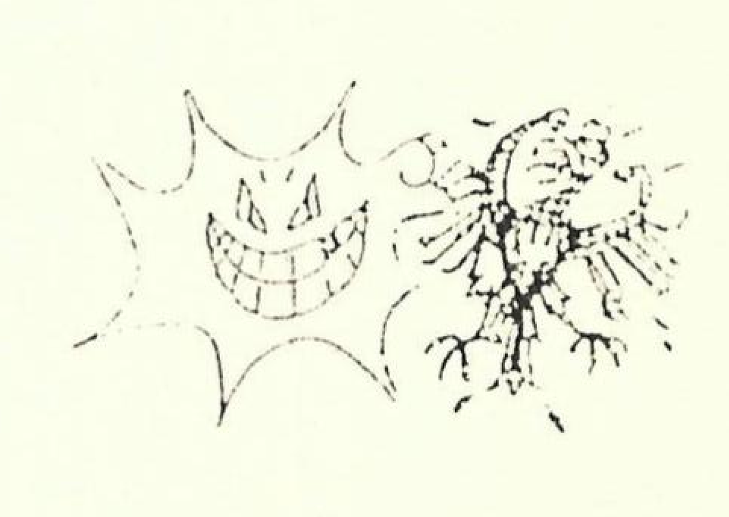
Revolution ohne Emanzipation ist Konterrevolution, also:

Antiautoritär, Organisiert & LinXradikal ins nächste Jahrtausend !

Für die Befreiung von Staat, Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus kämpfen

Die Meute der
Ökologischen Linken Berlin.

Kontakt:
<u>Ökologische Linke</u> (ÖkoLi) Berlin
c/o Infoladen *Nachladen*
Waldemarstraße 36
10999 Berlin
Tel. & Fax: 030/6157329
(Der Infoladen ist jeden Montag von 16-20 Uhr mit ÖkoLis besetzt
Das Plenum findet dort jeden Dienstag um 20 Uhr statt.)





UMSTRUKTURIERUNG

An die "Rustikalen Zorros" (Interim NR.365)

Es ist ja sehr löblich noch immer gegen die Umstrukturierung im Kreuzberger Kiez vorgehen zu wollen.
Für nichteingeweihte ,es geht um den jahrelengen Kasmpf um die Kneipe Abendrot (Mariannenstr. / Paul Linke Ufer), an dem sich etliche Menschen aus dem Kiez beteiligt hatten.der dennoch letztendlich als Niederlage ausging,dem ehemaligen pächter wurde vom Hausbesitzer Traube erfolgreich gekündigt.Lediglich Dr. Leif Traubes "goldene Nase", die er sich mit miserabelen Unterbringung von Flüchtlingen verdiente wurde etwas etwas angeknackst.
Gegen T raube selbst vorzugehen finden wir nach wie vor richtig .Bloß müßte sowas noch viel mehr und über den Szenerand hinaus publik gemacht werden, wenn es als abschreckendes Beispiel unter den Eigentümern, Spekulanten und Investoren die Runde machen soll.Da die Androhung:"Das Abendrot bleibt dicht bis 99" bisher völlig Szeneintern gehandhabt wurde kann dies jemanden der nicht zu den Insidern gehört und diese Räume Mietet nicht übelgenommen werden. Tatsache ist, daß es seit letzen Herbst einen neuen Mieter gibt.Unserer Einschä-zung nach wird es keinen Yuppiladen geben - im gegenteil. Wenn bei eröffnung der Kniepe z.B. der Eingang blockeert wird , dann trifft es einfach den falschen. Traube lacht sich ins fäustchen. denn er erhält die Miete ob der Laden nun auf macht oder nicht solange bis die Kredite des jetzigen Mieters aufgebraucht sind und er Pleite machen muß.So eine Drohung hätte während der Zeit umgesetzt werden müssen als der Laden leer stand und wegen Behinderung der Bauarbeiten oder auf Grund der Öffentlichkeitsarbeit sich nicht mehr hätte vermieten Lassen.Die drohung jetzt trifft nicht Traube sondern jemanden der sich ohne es gewußt zu haben zwischen die Stühle gesetzt hat.
Traube angreifen.immer und laßt uns dazu den neuen Kneipeninhaber auf unsere Seite ziehen, und mit ihm zusammen Traube das Leben schwer machen.

Einige autonome KiezbewohnerInnen.

Was es für eine Kneipe werden soll,dazu lassen wir die neuen Inhaber selber sprechen:

> Hier eröffnet demnächst das Cafe "Ma Rose"
> Die Rose war seit jeher ein Symbol für den Zusammenhalt der Menschen gegen Not und Unterdrückung.
> Dieser Tradition fühlen wir uns verpflichtet.
> Im Café sollen alle Menschen aus dem Stadtteil zusammenkommen.Im Keller wird es Räume geben, wo sich Gruppen und Initiativen aus dem Stadtteil treffen können.
> Alle Nationalitäten sollen sich hier begegnen.

Aus der Ankündigung der neuen Kneipeninhaber.



SOLIDARITÄTSAUFRUF

FÜR DIE EISENBAHNSTRAßE 13 UND DIE OTAWISTRAßE 29



Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Repressalien unsere Vermieterin zwingen uns zu außergewöhnlichen Maßnahmen. Unsere Vermieterin Frau Renate Lämmerhirt, wohnhaft Kantstr. 78, 10627 Berlin

bedroht uns existentiell und geht uns auf die Nerven durch ständige grundlose Kündigungen, falsche Betriebskostenabrechnungen, unberechtigte Mieterhöhungsforderungen und laufende Gerichtsverfahren.

Sie versucht alteingesessene Mieter herauszupressen und gerade unsere ausländischen Mitbewohner setzt sie massiv unter Druck, da sie sich nicht besonders gut wehren können.

Auch aus uns versucht sie Wuchermieten für widerliche Wohnverhältnisse herauszupressen und läßt das Haus absichtlich herunterkommen, um somit höchstmögliche Profite zu erzielen.

Im Gegensatz dazu überläßt sie ihrem Lebensgefährten den geräumten Wohnraum zum Zwecke seines pseudo - künstlerischen Schaffens.



Diese Art Mercedes - Künstler mit ihren dekadenten Champagnervernissage sind für uns als Hausbewohner schon allein wegen der danach vollgekotzten Treppenhäuser einfach nicht ertragbar.

Besonders pervers ist es, daß die Psychotherapeutin Frau Renate Lämmerhirt eine Alkoholikerfamilie zu Spitzeldiensten benutzt und bezahlt.

So eine Hausverwaltung können wir nicht weiter dulden.

Wir bitten um solidarisch handelnde Unterstützung.

INFORMATIONS-AUSGLEICHSSTELLE II

Ergänzungen zu den Ergänzungen

(siehe Interim 357-21.12.95 und Interim 361-1.2.96)

Wird die Interim zum Fachblatt der Computer-Szene? Schwirrt die Luft hier demnächst von Spezialbegriffen, wo "http://", "SFS" und "MD5-Hash-Funktion" noch die einfacheren sind? Hoffentlich nicht! Wie die Informations-Ausgleichsstelle ja schon in ihrem ersten Beitrag geschrieben hat, ist der Umgang mit Computer-Technik (und allem drumherum) heute noch nicht allgemeiner Standard. Und da, wo es doch so ist, gibt es meist wenig Fachwissen, das über die speziellen Probleme der jeweiligen Benutzungsart hinausgeht. Am Beispiel der Interim 364: Es ist sicher nur für relativ wenige Leute interessant, zu wissen, unter welchen Adressen in Internet oder Mailbox sie sich Programme besorgen können. Die meisten, die einen Computer haben, haben kein Modem: sie wollen einfach nur ein sicheres Verschlüsselungsprogramm haben (hoffentlich!). Und sie werden ganz gewiß Probleme dabei haben, ein Programm wie "SFS" auf ihrem Computer arbeiten zu lassen, denn die Installation dieses Programmes ist teilweise nicht so ganz einfach. Immerhin ist es auch ein noch nicht richtig fertiges Programm, das als sogenannte "beta-release" gerade weltweit in der Computer-Szene kursiert und dabei auf Schwachpunkte abgeklopft werden soll. Das heißt nun nicht, daß es falsch wäre, so etwas zu veröffentlichen! Aber es ist vielleicht zur Zeit noch wichtiger, an grundsätzlichen Fragestellungen zu arbeiten, bzw. an den Problemen, die die Computer-ExpertInnen schon meilenweit unter sich gelassen haben oder das jedenfalls meinen. Die beiden Texte von Information-Wiederbeschaffung und Informations-Ausgleichsstelle (IAS) sind wohl einigen Leuten schon zu speziell geworden.

Trotzdem wird es hier noch einmal kompliziert. Warum? Der Text der IAS hatte sich u.a. mit dem Abhören von Computern befaßt. Das ist ein dünnes Eis, weil es in diesem Bereich viele ungenaue Angaben gibt und oft keine genaue Trennung zwischen Theorie und Praxis, zwischen Paranoia und Wirklichkeit möglich ist. Die Berichterstattung der Medien paßt oft nur zu gut zu den Ängsten, die gerade bei Linken umgehen, wenn es um Repression und Überwachungsstaat geht. Darum ist es wichtig, wenn etwas zu dieser Frage veröffentlicht wird, das anderen Entscheidungshilfen an die Hand geben soll, besonders genau zu sein. Sonst werden Ungenauigkeiten zu Gerüchten, Fehler im Detail untergraben die Glaubwürdigkeit, und am Ende ist das Gegenteil des Erwünschten eingetreten: Statt sichererem Umgang mit dem Problem ist die Unsicherheit gewachsen. Seinem Anspruch auf Genauigkeit wurde der Text der IAS an einer Stelle nicht gerecht, und das soll hier nachgeholt werden. **An der Grundaussage des Beitrages in der Interim 361 ändert sich dadurch nichts!**

Zu Beginn eine kurze Wiederholung: Jedes Gerät, das mit elektrischem Strom betrieben wird, erzeugt ein elektromagnetisches Feld, dessen Schwingungen mit einer Antenne aufgefangen und ausgewertet werden können. Diese Auswertung ist leichter bei Geräten, die "digital" arbeiten, da deren Signale weniger kompliziert aufgebaut sind als die von "analogen" Geräten. Es ist also leichter, die Signale eines Computers auszuwerten, als die einer alten Waschmaschine.

Im ersten Text von IAS wurde bereits beschrieben, wie das mit den abgestrahlten Signalen ist: Wie stark ist die Strahlung, tragen die Signale Informationen, wovon wird die Strahlung beeinflußt?

Jedes elektronische Gerät hat eine ganz individuelle Strahlung, auch "Strahlungs-Signatur" genannt. Es ist darum möglich, z.B. in einem Großraum-Büro mit vielen baugleichen PCs die Abstrahlung eines ganz bestimmten PCs herauszufiltern, wenn auch mit recht großem Aufwand. Der Aufwand ist natürlich umso größer, je weniger über die PCs in dem Büro bekannt ist (Modell, Hersteller, Einzelteile etc.). Um etwas in die Paranoia einzusteigen: Es wäre zum Beispiel denkbar, daß bei einer Abhöraktion gegen eine Wohnung eine Strahlungs-Signatur eines PCs registriert wird, dieser PC später in einer anderen Wohnung beschlagnahmt wird und darüber nachgewiesen werden könnte, daß der PC früher in der beobachteten Wohnung stand, also die Leute aus den beiden Wohnungen vermutlich Kontakt zueinander hatten. Aber zurück aus "1984" in die Wirklichkeit 1996:

Die Abstrahlung der verschiedenen Teile des PCs ist unterschiedlich stark. Und hier kommt die Ungenauigkeit: In einer Fußnote des 1.Beitrages von IAS wird davon ausgegangen, daß ein Notebook eine Gesamt-Abstrahlung hat, die an keiner Stelle +15dB übersteigt, und daß daher ein Notebook als sicher anzusehen sei. Das ist leider so nicht richtig. Es würde hier zu weit führen, die Begriffe und Maßeinheiten weiter zu erklären. Vielleicht hilft es, die nach EU-Richtlinien erlaubten Grenzwerte als Vergleich zu nehmen, um sich eine Vorstellung zu machen. Diese Grenzwerte beziehen sich auf die sogenannte Elektromagnetische Verträglichkeit (EMV) von Geräten, es geht dabei darum, ob diese Geräte andere Geräte durch ihre Strahlung stören können oder von ihnen gestört werden könnten, also z.B.: stürzt ein Flugzeug ab, weil in der 1.Klasse ein Manager an seinem Notebook gearbeitet hat und deswegen der Autopilot ausflippt? (Diese EMV-Werte haben nichts zu tun mit den Grenzwerten für gesundheitsschädliche Abstrahlungen von Geräten, denn die beziehen sich auf ganz andere Frequenz-Bereiche!) Die für uns hier interessante Abstrahlung von Geräten, die unangenehme Informationen transportieren könnte, betrifft fast die gleichen Frequenzen wie die EMV-Messungen.

[1] EMV-Messungen werden für den Bereich 30 MHz bis 1000 MHz durchgeführt; Träger der sogenannten "kompromittierenden Emissionen" (KEM) sind vor allem die Frequenzen von 16 MHz bis 300 MHz.
Die stets im Zusammenhang mit PCs/Notebooks genannten Prozessor-Frequenzen wie "486er mit 70MHz" oder "Pentium 100MHz" haben dafür *keine* Bedeutung.

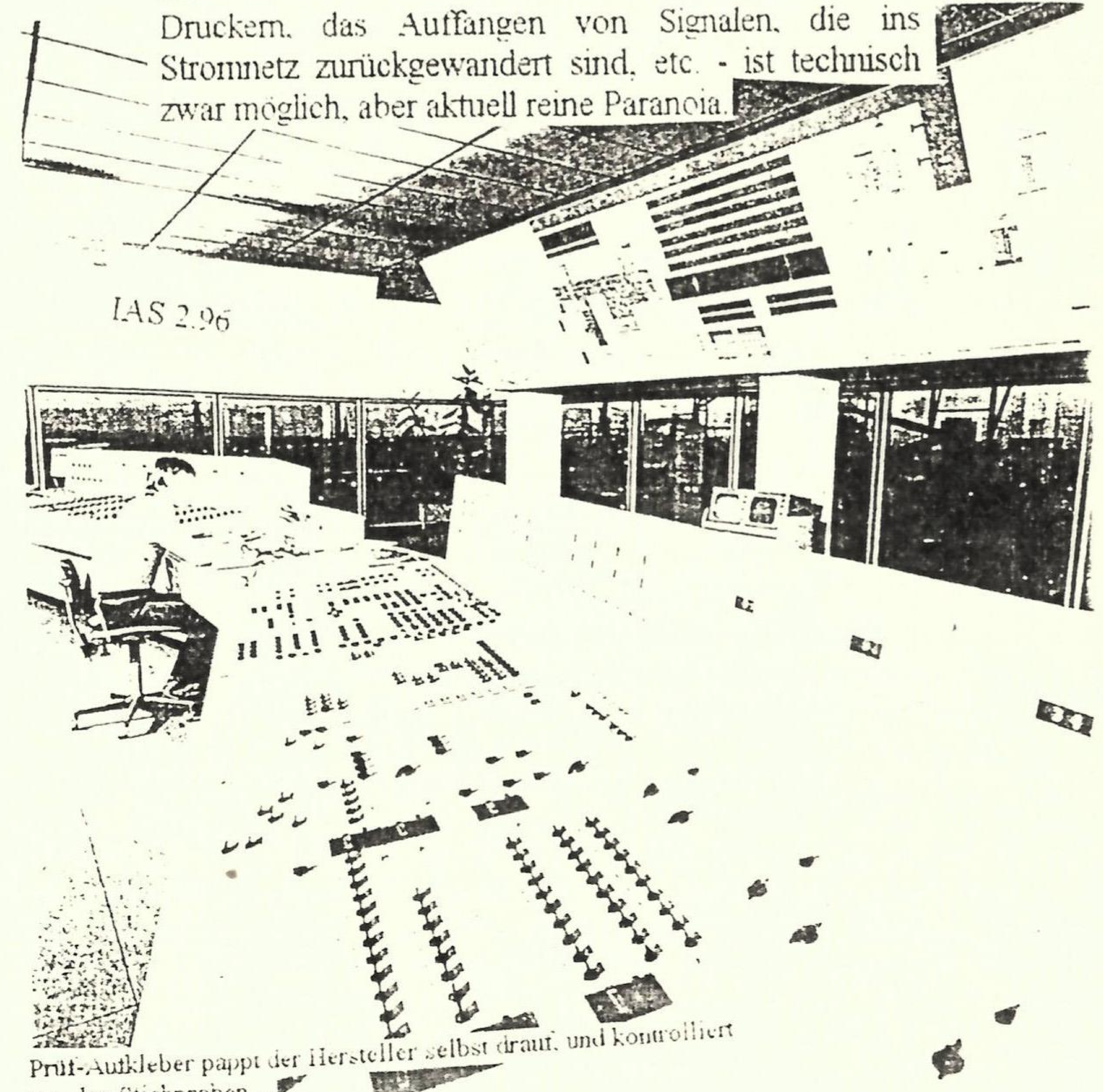
Die seit 1.1.1996 in der EU gültigen EMV-Grenzwerte liegen im Bereich von +30dB bis ca.+38dB (je nach Frequenz).

Die tatsächliche Abstrahlung heutiger PCs überschreitet diese Werte meistens zumindest in einzelnen Frequenzen. Abstrahlstärken von +80dB sind keine Seltenheit, sie liegen damit um das 100-300fache über den erlaubten Werten. Leider gilt auch für Notebooks, daß sie durchaus Werte von über +60dB erreichen können, was immerhin noch das 10-30fache des Erlaubten ist. Damit ist zwar noch nicht gesagt, ob diese Strahlung auch Informationen von Wert enthält. Es könnte ja z.B. auch der Motor des Diskettenlaufwerkes sein, der stark strahlt, während der Bildschirm kaum abstrahlt. Aber das ist ohne gute technische Ausstattung und aufwendige Prüfmessungen nicht sicher rauszukriegen. Wer also auf Nummer Sicher gehen will, sollte Wert darauf legen, daß *alle* Abstrahlungen des PCs bzw. Notebooks niedrig genug sind. Nur - was heißt "niedrig genug"?

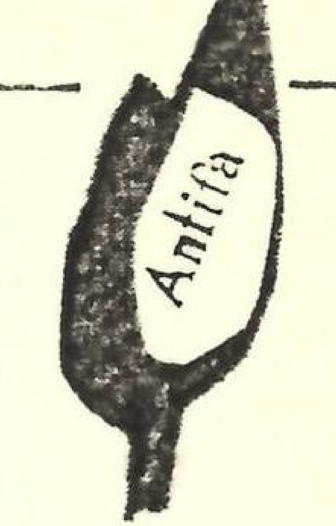
Das hängt zum einen von der baulichen Umgebung des Rechners ab, zum anderen von dem Aufwand, den jemand betreibt, um das Gerät abzuhören. Das letztere ist das entscheidende Argument gegen die Paranoia! Wenn ich in meiner Wohnung ein Notebook stehen habe, das mit den erwähnten +60dB Informationen abstrahlt, so würde es theoretisch jedem guten Geheimdienst möglich sein, das Gerät noch aus Entfernungen von 200m oder mehr abzuhören. Wenn es wenigstens die EU-Grenzwerte erfüllt, so zwingt das diesen theoretischen Geheimdienst immerhin dazu, sich in direkte Nähe meiner Wohnung zu begeben, also z.B. einen Kleinbus mit der entsprechenden Technik vor dem Haus zu parken, max.50m entfernt von meinem Gerät. Es ist also sicher eine gute Idee, beim Kauf eines PCs oder Notebooks darauf zu achten, ob es die EU-Grenzwerte erfüllt, zu erkennen an dem "CE"-Prüfzeichen am Gehäuse². Um einigermaßen abhörsicher zu sein, müßten die Abstrahlungen meines Gerätes noch deutlich unter den Grenzwerten liegen, nämlich (je nach Frequenz) bei +5dB bis +20dB. Und wenn ich LauscherInnen hinter der Wand, in der Nachbarwohnung, vermute, so darf mein Notebook nur noch Werte im negativen dB-Bereich aufweisen, und das dürfte wohl weder Escom noch Vobis im Angebot haben...

Doch in der Realität ist es so, daß das Abhören von Computer immer noch eine relativ umfangreiche Operation ist, an der auch Spezialisten beteiligt sein müssen, und davon hat auch ein guter Geheimdienst nicht unbegrenzt viele. Es muß zuerst einmal klar sein, daß es einen "Zielcomputer" gibt, auf dem heiße Infos verarbeitet werden. Der muß lokalisiert und von den diversen anderen Strahlungsquellen isoliert werden, die überall im Nahbereich verteilt sind. Die Technik zur Überwachung muß bedient werden, die Ergebnisse müssen bearbeitet werden, das alles geht nicht so locker wie bei einer Telefon-Überwachung, wo ein Rechner (über Schlüsselwörter) selbsttätig entscheidet, ob er ein Gespräch aufzeichnet oder nicht. Und in der heutigen Realität ist es eben nicht so, daß die Staatssicherheitsdienste aller Art sich vor allem mit Linken bzw. Linksradikalen beschäftigen. Die Prioritäten werden gesetzt nach "Gefährdung des Staates" und "um wieviel Geld geht es", und das bedeutet, daß aufwendige Überwachungs- und Schnüffeloperationen sich vor allem gegen andere Staaten und deren Institutionen, gegen Konkurrenten im Machtapparat sowie gegen Wirtschaftsunternehmen richten. So wurden zum Beispiel beim berühmten Watergate-Skandal in den USA Anfang der 70er Jahre von der republikanischen Partei Präsident Nixons gegen politische Konkurrenten Wanzen eingesetzt, die auf einem technisch so hohen Stand waren (sog. "Spread-Spectrum"-Technik), wie sie vermutlich im Repressionsbereich noch 15 Jahre später höchstens gegen schlagkräftige Strukturen wie IRA, ETA und evtl. auch RAF RZ eingesetzt wurden. Im Spionagebereich wird mit Abhörtechniken gearbeitet, die kaum vorstellbar sind: Mikrowellen werden in Räume eingestrahlt, um das Echo auszuwerten; die NSA (US-Nach-richtendienst) baute eine Wanze in Form eines toten Zweiges, den sie im Park neben eine Bank legte... und unsereins wird weiterhin mit altmodischen Richtmikrofonen abgehört, weil niemand beim Geheimdienst rechtfertigen könnte, hohe Summen und viele Menschen damit zu beschäftigen, Artur und Anna Autonom nachzuschnüffeln - selbst wenn die vielleicht zu einer militanten Gruppe gehören! Und mit diesen "altmodischen" Mitteln läßt sich ja offenbar doch eine ganze Menge herausfinden.

Die theoretische Möglichkeit eines Abhörens von Computern kann also nur beurteilt werden, wenn es eine Einschätzung dazu gibt, für wie wichtig die Abhörer den Computer und seine BenutzerInnen halten. Darum bleibt die Aussage des ersten Textes von IAS die gleiche, obwohl dort die technischen Bedingungen der Notebooks zu günstig dargestellt wurden: **Die aktuelle Gefährdung linker und linksradikaler Zusammenhänge durch Computer-Abhören ist als sehr gering anzusehen**. Da das Abhören von herkömmlichen Bildschirmen aus bestimmten technischen Gründen um einiges leichter ist als das Abhören aller anderen Bestandteile des PCs, ist vermutlich dies der einzige wirkliche Schwachpunkt. Alles andere - das Abhören von Notebooks, von Druckern, das Auffangen von Signalen, die ins Stromnetz zurückgewandert sind, etc. - ist technisch zwar möglich, aber aktuell reine Paranoia.



²bei älteren Geräten tut es auch der bisher in Deutschland gültige, etwas höher liegende Grenzwert nach Pvfg 243/91. Natürlich gibt es keine Garantie, daß das Gerät wirklich diese Werte einhält, denn den Prüf-Aufkleber pappt der Hersteller selbst drauf, und kontrolliert werden Stichproben...



Aufruf

zur dezentralen Kampagne gegen die 6. Hetendorfer Tagungswoche

Seit 1991 findet in dem faschistischen Schulungszentrum Hetendorf 13 jährlich die Hetendorfer Tagungswoche statt.
Folgende faschistische Organisationen laden dazu ein: Artgemeinschaft e.V., Freundeskreis Filmkunst e.V., Familienwerk e.V., Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V., Gesellschaft für freie Publizistik - Arbeitskreis Hamburg, Heinrich-Anacker-Kreis e.V., Nordischer Ring e.V., Northern League und Heide-Heim e.V.. Diese Organisationen orientieren sich an einer fiktiven nordischen Rasse und pflegen in deren Namen einen Germanen- und Heidenkult.
Umrahmt von einem kulturellen Programm, dessen Höhepunkt die in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni gefeierte Sommersonnenwende darstellt, werden diverse RednerInnen für die entsprechende Ideologiebildung sorgen. Maßgebliche VertreterInnen faschistischer Parteien und Organisationen treten in Erscheinung, um ihr menschenverachtendes Weltbild vor einem breiten Publikum auszubreiten. Somit stellen die Hetendorfer Tagungswochen bundesweit einen der bedeutendsten Knotenpunkte im faschistischen Netzwerk dar.

Wir - das Bündnis gegen Rechts - rufen deshalb zu dezentralen Aktionen im Vorfeld der 6. Hetendorfer Tagungswoche in möglichst vielen Städten und Regionen auf.

Wir gehen davon aus, daß sie dieses Jahr vom 15. - 23. Juni stattfindet.
Die dezentrale Kampagne soll einerseits die ReferentInnen, TeilnehmerInnen und einladenen Organisationen ans Licht der Öffentlichkeit zerren und soviel Druck aufbauen, daß sie von einer Teilnahme an der Hetendorfer Tagungswoche absehen. Andererseits soll die Kampagne mobilisierend für die geplanten antifaschistischen Aktionen während der Hetendorfer Tagungswoche wirken.
Start der Kampagne ist Anfang Mai.

Geplant und koordiniert wird die Kampagne vom Bündnis gegen Rechts - Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf.

Wenn Ihr mehr Infos haben wollt oder Aktionen plant, meldet Euch bitte bei uns.

Schluß mit den Nazi-Treffen!
Weg mit dem faschistischen Schulungszentrum Hetendorf 13!

Mach mit !
Mach's nach !
Mach's besser !



Bündnis gegen Rechts
c/o Initiative gegen Hetendorf 13
Kornstr. 28/30
30167 Hannover
Fax: 0511/1616711

Konto: Info-Treff, Stichwort: 1995, Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, KtoNr.: 384862-302

Berliner FAHNENFLUCH

Nr. 9 Antimilitaristisches Mitteilungsblatt 7. 3. 1996

Ja, durchsuchen!



Liebe GegnerInnen des wiederbelebten deutschen Militärgeistes.

In der letzten Ausgabe haben wir noch die Frage gestellt, wie der neue Innensenator, General Jörg Schönbohm, "den Kampf an der Heimatfront führen wird". Jetzt wissen wir es: Am Dienstag, 5. März 1996, wurde das Berliner Büro der Kampagne gegen Wehrpflicht von einem Kommando des Staatsschutzes durchsucht – zum ersten Mal in fünf Jahren Kampagne. Grund für die Aktion war die Anzeige "Ja, Morden", deretwegen sich (vor mittlerweile einem Dreivierteljahr) einige Bundeswehrfans beleidigt fühlten, wie der Verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Paul Breuer und der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann. Sie stellten Anzeige wegen Volksverhetzung und Beleidigung. General Schönbohm kam nun seinen bedrohten Kameraden zu Hilfe und ließ die politische Polizei von der Leine. Betroffen waren auch die Anzeigenabteilungen von taz und junge Welt.

Wie im Umgang des Staates mit seinen Kritikern üblich, ging auch diese Aktion nicht ohne erhebliche Widersprüche über die Bühne:

Die Begründung: Ziel der Aktion war das "Auffinden von Beweismitteln, insbesondere ... Unterlagen, die zur Identifizierung der Verbreiter" der Anzeige führen. Die heißt es im Beschluß des Amtsgerichts Tiergarten. Die Anzeige habe "einen solchen Inhalt... daß jede vorsätzliche Verbreitung ... den Tatbestand eines Strafgesetzes verwirklichen würde", also Beleidigung wäre, so Amtsrichterin Behrend.

Mit dieser Meinung schießt die Richterin deutlich über die Einschätzung hinaus, die im Verteidigungsministerium zu dem Thema herrscht. Dort wurde nämlich im November vorigen Jahres ein Rechtsgutachten erstellt, das sich damit befaßte, ob die Anzeige Volksverhetzung bzw. Beleidigung darstelle. Man kam zu dem Ergebnis, daß der Text "den Tatbestand der Volksverhetzung ... nicht erfüllt". Er "könnte eine ... strafbare Beleidigung der Bundeswehr und ihrer Soldaten darstellen." Aber: "Auf der anderen Seite kann nicht ausgeschlossen werden, daß es in einem Strafverfahren zu einem Freispruch ... kommt ... In dieser Hinsicht kann von Bedeutung sein, daß der Plakattext einer Anzeigenserie der Bundeswehr nachempfunden ist", also "eine politische Satire oder Karikatur über die Bundeswehr darstelle".
Also: Volksverhetzung auf keinen Fall, Beleidigung nur vielleicht. Wie die Amtsrichterin dazu kommt, die Anzeige von vornherein für strafbar zu halten, ist ihr Geheimnis. Die Militärjuristen haben etwas entdeckt, was man dem Amtsgericht vielleicht erst noch erklären muß: das Grundgesetz mit seiner Garantie der Meinungsfreiheit, auch in Form von Karikatur und Satire.

Die Beschlagnahmungen: Ohne sich groß um den Wortlaut des Durchsuchungsbeschlusses zu kümmern, der sich auf Räume der Kampagne bezog, schnüffelte die Politpolizei auch gleich noch in den benachbarten Räumen des Landesverbandes von Bündnis 90/Die Grünen herum. Mitgenommen haben die Freunde und Helfer nicht nur die beanstandeten Plakate, sondern auch diverse Personenlisten. Die MitarbeiterInnen im Büro; die Mitglieder des Vereins "Mit uns gegen die Wehrpflicht e. V."; diejenigen Menschen, die sich bereit erklärt haben, an Aktionen der Kampagne teilzunehmen – sie alle fand der Staatsschutz interessant. Damit wird deutlich, daß es der Staatsmacht gar nicht so sehr um ein paar beleidigte Mörder geht – die Aktion gilt all jenen, die ihre Stimme gegen die Militarisierung der Politik in der BRD erheben.

Der Zeitpunkt: Der Durchsuchungsbeschluß wurde bereits am 28. Dezember 1995 gefaßt – über zwei Monate vergingen, ehe er umgesetzt wurde. In diesem Zeitraum wurde in der Regierungskoalition eifrig für einen erweiterten "Ehrenschutz" für Soldaten getrommelt. Die Durchsuchung erfolgte nun fast zeitgleich mit der Vorstellung zweier Gesetzentwürfe (einer von der CDU/CSU-Fraktion, einer vom FDP-Justizminister), die das gleiche Ziel haben: die schärfsten Kritiker der Bundeswehr ein für allemal rechtlich gesichert kriminalisieren zu können. Die Durchsuchung der Kampagne und die versuchte Einschüchterung ihrer AnhängerInnen bilden insoweit die Hintergrundmusik für die geplante Einschränkung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung.

Antimilitarismus

Kampagne gegen Wehrpflicht Zwangsdienste + Militär

Oranienstr. 25
10999 Berlin
Fon 030/615 005 30/31
Fax 030/615 005 99

Bankverbindung
Konto 199 567
BLZ 500 901 00
ökobank e. G.

Ja, protestieren!

Auch die Kampagne wird sich nicht einschüchtern lassen und weiterhin gegen die Militärs antreten. Es ist politisch genau das richtige, wenn das "Ja, Morden"-Plakat jetzt wieder gerne geklebt, die "Ja, Morden"-Anzeige in Publikationen jeder Art (SchülerInnen-, Gewerkschaftszeitung, Rundbriefe) gedruckt wird (als Dokument z. B.), die "Ja, Morden"-Postkarte verschickt wird. Als Adressaten können wir eine Reihe von Verantwortlichen empfehlen, etwa die drei folgenden:

- Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Claire Marienfeld, Basteistr. 70, 53173 Bonn;
- Paul Breuer, Fraktion der CDU/CSU, Büro AH 226, Bundeshaus, 53090 Bonn;
- General Jörg Schönbohm, Senatsverwaltung für Inneres, Fehrbelliner Platz 1, 10707 Berlin.

Mit oder ohne Absenderangabe. Zur Erinnerung: Noch gibt es in der ganzen Republik kein Gerichtsurteil, das "Ja, Morden" für strafbar erklärt!
Darüberhinaus rufen wir zu antimilitaristischem Engagement in jeder Form auf, insbesondere dazu, die Aktion, die wir am kommenden Rekruteneinziehungstag am 1. April durchführen, zu unterstützen (8.30 Uhr im Kampagnenbüro).

Potsdamer Appell

Der Potsdamer Appell trat Ende Februar als Initiative von Einzelpersonen und Organisationen an die Öffentlichkeit. Die UnterzeichnerInnen befassen sich mit der Situation von Opfern der NS-Justiz: "Bis heute sind ganze Opfergruppen (Kriegsdienstverweigerer, Homosexuelle, Deserteure, ZwangsarbeiterInnen, sogenannte Asoziale, Euthanasie-Geschädigte, Psychiatrie-Opfer, KommunistInnen u. a.) von der gesetzlichen Leistung des Bundesentschädigungsgesetzes ausgegrenzt." Besonderes Gewicht wird auf die Verbrechen der NS-Militärjustiz gelegt: "Von den etwa 3000 NS-Militärjuristen wurden über 30 000 Todesurteile unterzeichnet, die mehr als 20 000 Menschen das Leben kosteten."
Betroffen hiervon waren Menschen, die gegen die "Mittäterschaft der deutschen Wehrmacht beim Genozid an den europäischen Juden und Jüdinnen und bei anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit" Widerstand in Form von "Wehrkraftzersetzung", Hoch- und Landesverrat, Fahnenflucht usw. leisteten. Bis heute wurde kein Nazi-Blutrichter verurteilt; der Appell fordert die Rehabilitierung der NS-Militärjustizopfer sowie ihre finanzielle Entschädigung und die Förderung der geschichtlichen und politischen Aufarbeitung der NS-Unrechtsjustiz (statt, wie in Hamburg erst geschehen, deren Akten zu vernichten). Unterschriftenlisten sind bei der Kampagne zu beziehen.

Potsdamer Appell

Dem Gedenken müssen Taten folgen!
NS-Justiz nicht verurteilt, die Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit warten auf die längst überfällige Rehabilitierung und Entschädigung.

In den letzten Wochen wurden in der Öffentlichkeit viele mahnende Worte zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gesprochen.
Es besteht die Gefahr, daß der 27. Januar – als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus – die Öffentlichkeit in und außerhalb Deutschlands beruhigt und zur "Gedenkroutine" verkommt, wenn diesen Worten keine politische Handlungen zugunsten der Opfer folgen.

Wir fordern von den Verantwortlichen, daß dem Gedenktag politische Handlungen folgen, die über anerkennenende Worte hinausgehen:

- **Unrechtserklärung aller Urteile der NS-Militärjustiz** und der Sondergerichte durch den Bundestag.
- **Rehabilitierung der NS-Militärjustizopfer** durch eine Erklärung des Bundestages (analog der Erklärung für Opfer des SED-Unrechts (1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz)).
- **Finanzielle Förderung der geschichtlichen und politischen Aufarbeitung der NS-Unrechtsjutiz**
- **Entschädigung nach den Grundsätzen des Bundesentschädigungsgesetzes**
- **Kennzeichnung (Gedenktafel, Denkmale etc.) aller Orte des NS- Justizunrechts,** einschließlich des Berliner Reichskriegsgerichts, als Orte des Gedenken an die Opfer.

Bis heute sind ganze Opfergruppen (Kriegsdienstverweigerer, Homosexuelle, Deserteure, deutsche und im Ausland lebende ZwangsarbeiterInnen, sogenannte Asoziale, Euthanasie-Geschädigte, Psychiatrie-Opfer, KommunistenInnen u.a.) von der gesetzlichen Leistung des Bundesentschädigungsgesetzes ausgegrenzt. Diese Opfergruppen haben kaum eine Lobby, finden kein politisches Gehör, bleiben mit ihren Forderungen nach Entschädigung und Rehabilierung allein.

Wie ernst nehmen die Verantwortlichen ihre Verpflichtung, die längst überfällige moralische und rechtliche Anerkennung der Opfer umzusetzen?

Die Rolle der **NS-Justiz** kam in den offiziellen Reden zum Gedenktag am 27.1.1996 nicht zur Sprache.

Die **NS-Terrorjustiz** hat über 46.000 Todesurteile zu verantworten. Sie wurde vom Bundesgerichtshof (BGH) als **"Blutjustiz"** bezeichnet. Bis heute ist von deutschen Gerichten kein einziger NS-Jurist rechtskräftig verurteilt worden.
Von den etwa **3.000 NS-Militärjuristen** wurden über 30.000 Todesurteile unterzeichnet, die mehr als **20.000 Menschen** das Leben kosteten. Es waren dies Urteile u.a. wegen sogenannter "Wehrkraftzersetzung", wegen Hoch- und Landesverrates, angeblicher Spionage, unterstellter Feindbegünstigung und Fahnenflucht.

Die Urteile des "zivilen" **Volksgerichtshof** führten in diesem Zeitraum zu **5.191 Exekutionen.**

Die aktuelle Forschung beweist die Mittäterschaft der deutschen Wehrmacht beim Genozid an den europäischen JudenInnen und bei anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Unbestritten ist, daß die Urteile der Militärjustiz **institutionalisiertes Unrecht** und ihre Gerichte **Terrorinstrumente der Nazi-Diktatur** waren. Die Militärrichter haben massenhaft Todesurteile gefällt ohne dazu gezwungen worden zu sein.

Kein Richter der Militärjustiz (Juristen und Offiziere) wurde nach dem Zweiten Weltkrieg verurteilt. In der bundesrepublikanischen Politik und Verwaltung kamen viele ehemalige Militärrichter wieder in höchste Positionen: z.B. der ehemalige Marinerichter und Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Hans Karl Filbinger, oder der ehemalige Militärjurist und Rektor der Universität Marburg, Erich Schwinge und Werner Hülle, Oberlandesgerichtspräsident in Oldenburg u.a..
Vom **Reichskriegsgericht**, dem höchsten Militärgericht - dort befindet sich heute das Berliner Kammergericht und der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes - wurden **nachweisbar 1189 Todesurteile ausgesprochen, von denen 1049 vollstreckt** wurden. (Zum Vergleich: Im Ersten Weltkrieg wurden 48 Soldaten auf Grund von Militärgerichtsurteilen hingerichtet.)

Vor dem Reichskriegsgericht wurden bis August 1944 zentral alle Verfahren gegen Kriegsdienstverweigerer geführt. Über 260 wegen ihrer Überzeugung zum Tod Verurteilten, wurden hingerichtet.
So wurden z.B. am 9. August 1943 zusammen mit Franz Jägerstätter 16 Kriegsdienstverweigerer im Zuchthaus Brandenburg geköpft.

Die angemessene Markierung der Orte der verbrecherischen Wehrmachtgerichtsbarkeit ist längst überfällig!

Wie wenig ernst das Gedenken von offizieller Seite genommen wird, zeigen die Auseinandersetzung um die Anbringung der Gedenktafel im Sommer 1995 für den österreichischen Kriegsdienstverweigerer Franz Jägerstätter und um die Gedenktafel für alle Kriegsdienstverweigerer am Gebäude des ehemaligen Reichskriegsgericht 1989 in Berlin.

ErstunterzeichnerInnen des Aufrufes zum Stand 4.3.96.

Ludwig Baumann (Wehrmachtsdeserteur), **Michael Behrendt** (Dipl. Pol., Berlin), **Anthony Bennett** (Maler, Berlin), **Christian Büttner** (Friedensforscher, Berlin) **Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V.**, **Lothar Evers** (Journalist, Köln), **Stephan Frielinghaus** (Pfarrer, Berlin), **Landesvorstand Bündnis 90/ Die Grünen** (Brandenburg), **Landesvorstand Bündnis 90/ Die Grünen** (Berlin), **Dr. Detlef Garbe** (Leiter der Gedenkstätte KZ-Neuengamme) **Dr. Gritschneider**, (Jurist, München) **Peter Fieser** (Mitarbeiter LV Bündis 90/Grüne, Berlin), **Andrea Fischer** (MdB, Berlin), **Alfred Hausser** (Interssensgem. ehem. Zwangsarbeiter unter dem NS-Regim) **Frank John** (Schlosser, Berlin), **Dr. Norbert Haase** (Stiftung Sächsischer Gedenkstätten), **Hellmut G. Haasis** (Schriftsteller, Thaddäus-Troll-Preisträger), **Christian Herz** (Sprecher der Kampagne gegen die Wehrpflicht), **Dr. Otto Hennicke** (Militärhistoriker, Potsdam) **Uwe Hübsch** (BVV-Verordneter B.-Kreuzbg.) **Paul Kohl** (Journalist, Berlin), **Jakob Knab** (Autor, Pax Christi, Kaufbeuren) **Uwe Maroske** (Bildhauer) **Prof. Manfred Messerschmidt** (Militärhistoriker), **Matthias Mücke** (Stud. phil., Berlin) **Helmut Kramer** (Richter am OLG Osnabrück a.D.), **Dr. Dieter Kürschner** (Militärhistoriker, Leipzig), **Helmuth Prieß** (Oberstleutnant a.D., DARMSTÄDTER SIGNAL), **Dietje Oudesluips** (Holländerei, Berlin), **Sabine Schaaf** (Neues Forum, Berlin) **Dr. Bärbel Schindler-Saefkow** (Tochter des ermordeten Antifaschisten Saefkow), **Andreas Sander** (Stundent, Berlin), **Bram Slaager** (Rotterdam, Zwangsarbeiter), **Monty Schädel** (Bundeswehrdeserteur, Landesgeschäftsführer, DFG-VK Meckl.-Vorp.), **Andreas Schroth** (Stud. pol. Berlin) **Ralf Siemens** (Dipl. Pol., Berlin), **Hans-Christian Ströbele** (Rechtsanwalt, Berlin), **Sonnhild und Uli Thiel** (DFG-VK Ba.-Wü.), **Susanne Thoma** (Dipl.-Pol), **Totalverweigerer Initiative** (Braunschweig) **VVN/Bund der Antifaschisten** (NRW) **Michael Wartenberg** (Landesgeschäftsführer Bündnis 90/Grüne, Berlin), **Susanne Willems** (Historikerin, Bochum) **Gerald Winter** (Dipl. Pol., SPD), **Gerhard Zwerenz** (Schriftsteller u. MdB)

Aktionsbündnis Potsdamer Appell, Oranienstr. 25. (2.Aufg. 1 Etg.) 10999 Berlin
Tel.:030 - 615 00 5 60, Fax 030 - 615 00 5 99 Email: lothare@ignaz.in-berlin.de
Bankverbindung: Potsdamer Appell. Konto-Nr.: 64 00 333 50, Sparkasse Berlin: BLZ 100 500 00

Totalverweigerer: Durch Dusche und Klo

Die Totalverweigerer Thorsten Maaß aus Greifswald und Monthy Schädel aus Neubrandenburg sitzen nicht mehr in Bundeswehr-Arrest: Der eine gelangte aus dem Duschtrakt, der andere durch ein Klofenster in die Freiheit. Der Magdeburger Axel Krause sitzt zwar noch, ihm galt aber eine in der Lokalpresse vielbeachtete Kundgebung von immerhin fast hundert Leuten (vor der Kaserne in Dessau, deren Tor einige Spuren davontrug). Da die Schikanen gegen ihn mit der Verlängerung seines Arrests am 1. März fortdauern, wird (wahrscheinlich nach Verbreitung des Fahnenfluchs) am 10. März vor der Kaserne in Weißenfels, wohin er verschleppt wurde, erneut demonstriert.

A.M.O.K.: "Das Volk lacht das Militär aus!"

Unter diesem Motto plant das Anti-Militärische Oberjubel-Komitee A.M.O.K. eine "Jubelparade durchs Brandenburger Tor am 3. Oktober 1996, Tag der deutschen Einheit, gegen Bundeswehrpräsenz in Berlin und anderswo". Die Jubelparade soll zeigen, daß die Gegner des Militärwahns in der Mehrheit sind (immerhin: mehr Verweigerer als Rekruten 1995) und erinnert an historische Vorbilder, "z. B. Franziska von Reventlow ... die angesichts von Wach-Paraden in so mitreißendes Gelächter verfiel, daß alles aus dem Tritt geriet".
Die Truppenverspottung unter Mitwirkung des Büros für Ungewöhnliche Maßnahmen, Dr. Seltsam, der Kampagne u. a. soll von Künstlern, Theatern, Entertainern usw. gemeinsam geplant werden, kombiniert aus Störkampagnen, Aufrufen, Veranstaltungen, Kunstereignissen, Diskussionen, Jubelparade und Friedens-Volksfest. Unter der Telefonnummer 030/691 99 22 mögen sich bis zum 16. April all jene Individuen, Gruppen, WGs melden, die sich in irgendeiner Form beteiligen wollen.

Deutsche Armeen in einer langen Tradition

Ja, Morden.



Morden im In- und Ausland ist für deutsche Soldaten nichts Ungewöhnliches. Erinnern wir uns: • Angriffskrieg gegen Frankreich 1871 • Deutschland beginnt einen Weltkrieg • Deutschland beginnt noch einen Weltkrieg • Somalia 1993/1994. Menschen zu töten gehört zur Tradition von (deutschen) Armeen. Darauf sind wir stolz.

Wir sind immer noch da.

BUNDESWEHR

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Kriegsdienste verweigern!
Die Wehrpflicht ist kein »legitimes Kind« der Demokratie

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Oranienstraße 25 · 10999 Berlin · Tel. 61 50 05 30 · Fax 61 50 05 99

* 10. 3. um 14 Uhr: **Kundgebung** für Freilassung des Totalverweigerers Axel Krauße vor der Kaserne in Weißenfels (bzw. um 13.29 Uhr am dortigen Bahnhof). Bei Interesse an Mitfahrmöglichkeiten in der Kampagne melden.

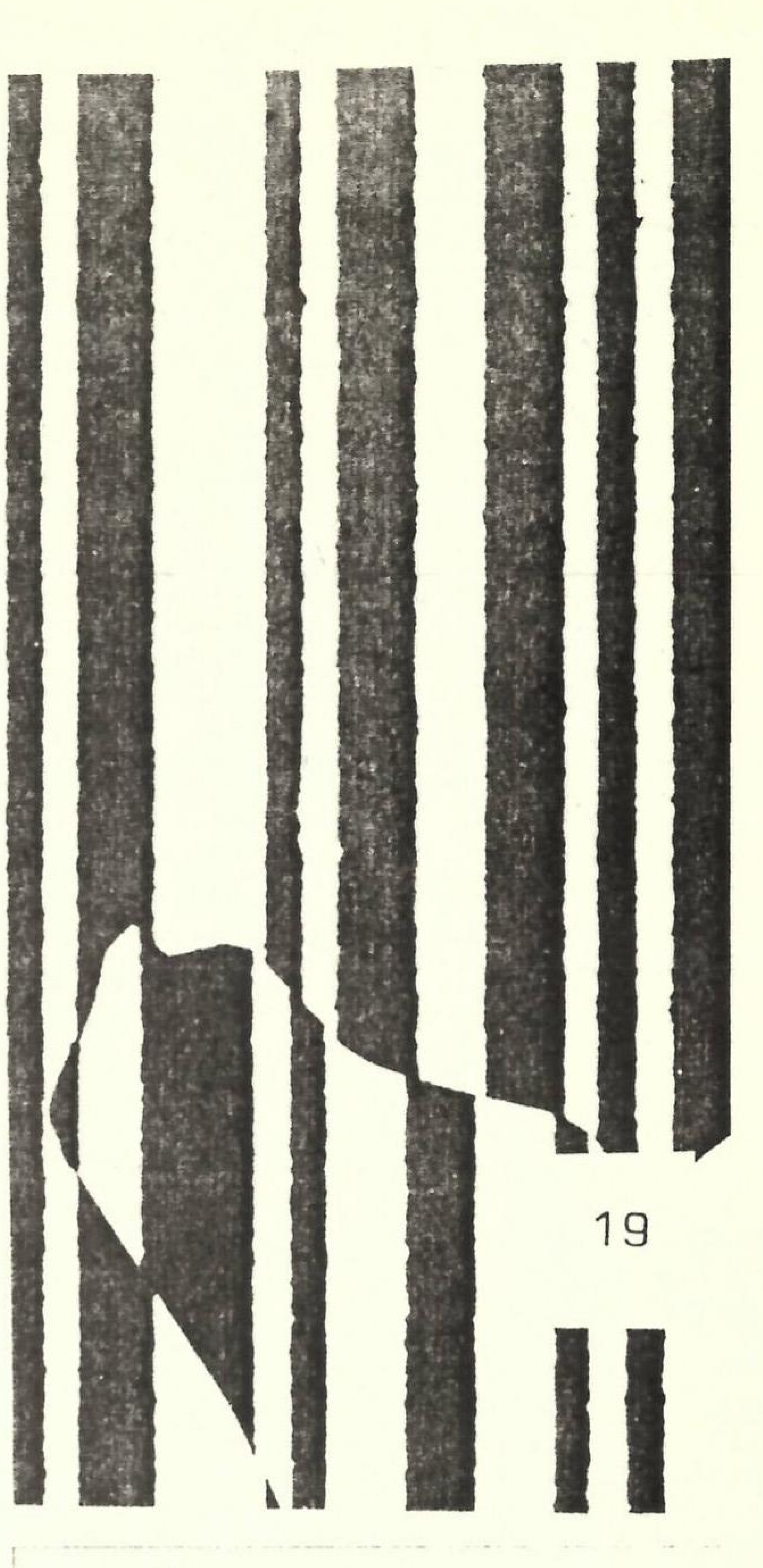
* 23./24. März: **BeraterInnen-Seminar.** Das Seminar richtet sich sowohl an Leute, die in Zukunft Verweigerungswilligen Rat geben möchten, als auch an Leute, die bereits als BeraterInnen aktiv sind. Wie hier immer wiederholt wird: Es gibt sehr viele, die verweigern wollen, und zu wenige, die Rat geben! Anmeldung im Büro erforderlich.

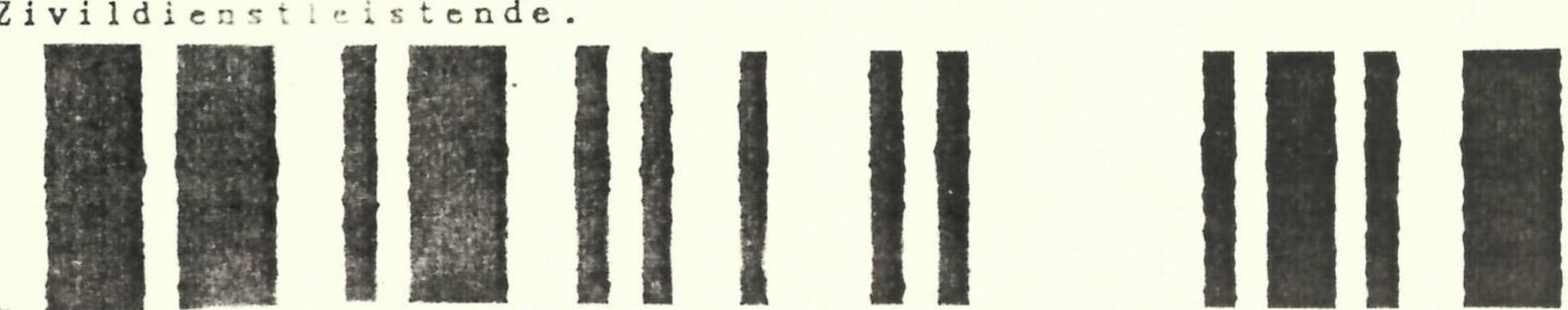
* 1. April: **Einberufungstag** der Bundeswehr. Wieder werden etliche tausend junge Männer zum Militär abkommandiert, und wieder wird die Kampagne eine phantasievolle Aktion durchführen. Treffpunkt ist um 8.30 Uhr in den Räumen der Kampagne, dort gibt es vor der Überraschung (keine Angst!) auch Kaffee.

* 22. März/13. - 19. Mai: **Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung.** Dort präsentiert die olivgrüne Industrie ihre neuesten Errungenschaften in Sachen Tötungsmaschinen. Am 22. März gibt es in der Kampagne ein Treffen, um unsere Aktivitäten hierzu zu planen.

* Regelmäßige Termine in den Räumen der Kampagne:
  - Jeden ersten Montag im Monat um 19 Uhr Kampagnenplenum.
  - Jeden Dienstag um 17.30 Uhr Überblicksberatung zur Musterungs- und Kriegsdienstverweigerung.
  - Jeden Freitag um 17.30 Uhr Fragestunde zu konkreten Problemen.
  - Jeden ersten Freitag im Monat um 19 Uhr Beratung für Reservisten.

STATT BUNDESWEHR im Statthaus Böcklerpark, Prinzenstr. 1.: Jeden Dienstag um 18.30 Uhr **Beratung für (angehende) Zivildienstleistende.**





SCHWARZE RISSE

Veranstaltung

am Freitag den 15. März 20 Uhr

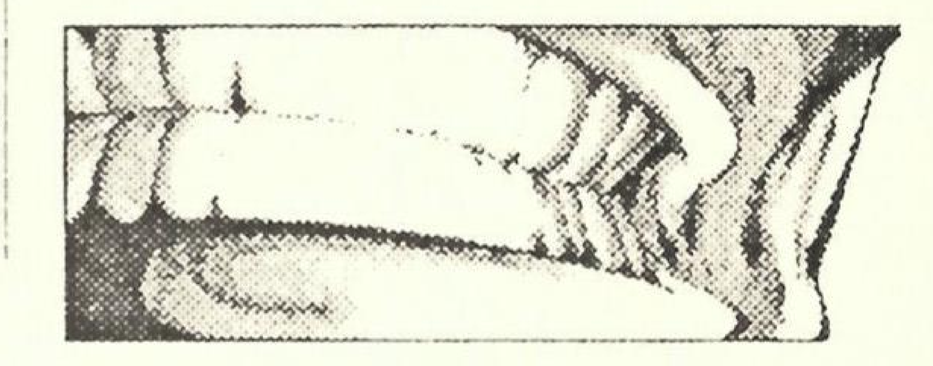
Desinvestment, sog. ethnische Konflikte (Bürger-) Kriege und daraus resultierendes millionenfaches Flüchtlingselend, in einem Außmaß wie nirgendwo sonst, kennzeichnen die ökonomische und soziale Situation in weiten Teilen Afrikas während der 80er und 90er Jahre.
Trotz der Anwesenheit einiger afrikanischer MigrantInnen in der BRD, der Beschäftigung mit Flüchtlingsproblematik und Rassismus, und dem Einsatz der Bundeswehr in Somalia, scheint Afrika kein Thema der radikalen Linken zu sein. Zu verwirrend erscheinen die Verhältnisse, zu undeutlich die Linien der Auseinandersetzung und des sozialen Konfliktes, als daß es leicht möglich wäre Stellung zu beziehen.
Mit Hilfe von drei Veranstaltungen zu Nigeria, Tansania und Ruanda wollen wir versuchen Informationen zu geben, die Erklärungsansätze für die schwer zu durchschauende Situation in Afrika ermöglichen.

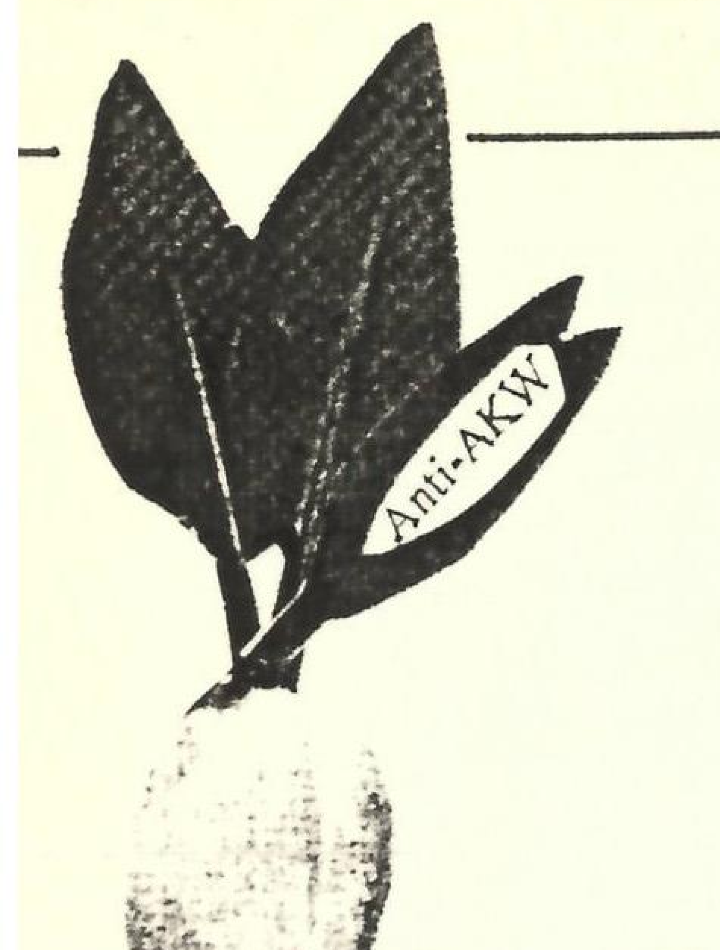
Wir beginnen mit einem Vortrag (und anschließender Diskussion) von und mit Anthony Edeh aus Nigeria und dem Flüchtlingskomitee Bremen

Warum mußte Ken Saro Wiwa sterben?
Nigeria: Szenen vom Kriegsschauplatz

im Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin Kreuzberg

ZÄHNE ZUSAMMEN-BEISSEN !!







Der nächste CASTOR kommt – Wir auch

In den nächsten Wochen steht der zweite CASTOR-Transport nach Gorleben an. Der Widerstand regt sich, zaghaft noch. Für die nächsten Wochen sind vielfältige Aktionen geplant:

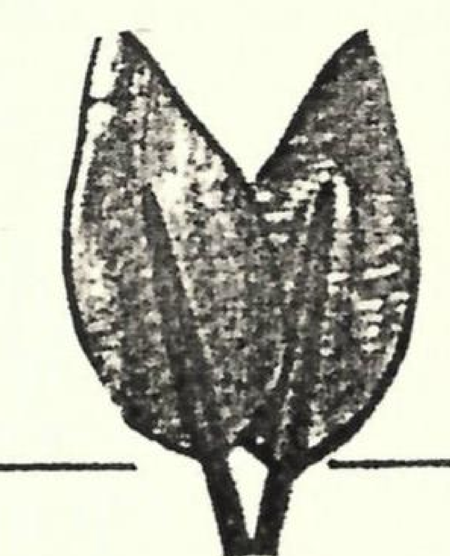
- FRÜHJAHRSPUTZ am Ostersamstag 6. April, Esso-Tanke in Dannenberg
- AUSRANGIERT, öffentliche Schienendemontage 14. April, Verladekran Dannenberg
- TAG B, Brückenaktionstag zwei Wochen vor TAG X - 2
- TAG X - 2, Wochenende vor dem Transporttermin

Berliner Koordinations- und Vorbereitungstreffen:

SAMSTAG den 16. März, 17 Uhr im ökodorf

Kurfürstenstr. 14, Berlin Schöneberg

Ausweise und Führerscheine der "Republik freies Wendland" sowie weitere Devotionalien können gegen einen geringen Kostenbeitrag erworben werden.



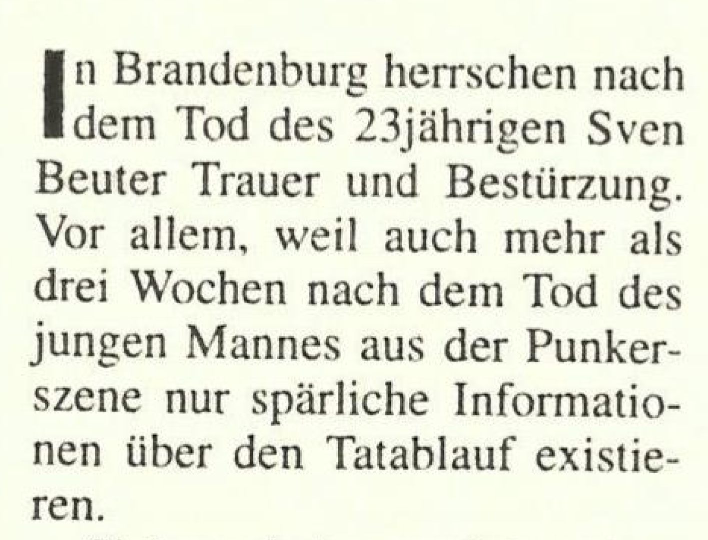


VOLXSPORT

wichtiger hinweis: wir haben am 29.2. einen hochspannungsmast an der bab zwischen dreieck potsdam und dreieck werder angesägt (leitung 257, mastnr. 283). dabei hinterließen wir ein din-a-4 blatt mit einem foto, auf dem "stop gorleben" stand. der mast ist jedoch nur eingeknickt und nicht umgefallen und könnte unbeteiligte personen gefährden. deshalb haben wir unmittelbar nach der aktion in einem potsdamer krankenhaus angerufen und um einschaltung der polizei gebeten. ein bekennerschreiben wurde den medien zugestellt. wir gehen davon aus, daß die stromkonzerne und die polizei den anschlag verheimlichen, der dazu beitragen soll, den castor-transport nach gorleben zu verhindern.
hau weg den scheiß!

Punker-Mord »nur« Totschlag

Unklarheit über Ablauf. Nazi in Haft



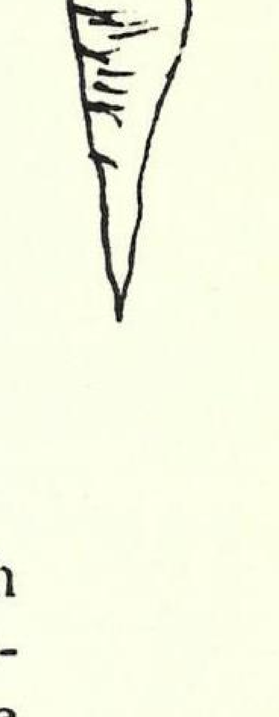
In Brandenburg herrschen nach dem Tod des 23jährigen Sven Beuter Trauer und Bestürzung. Vor allem, weil auch mehr als drei Wochen nach dem Tod des jungen Mannes aus der Punkerszene nur spärliche Informationen über den Tatablauf existieren.

Sicher scheint nur folgendens zu sein: Sven Beuter, der durch sein Outfit eindeutig als »Linker« identifiziert werden konnte und vor drei Jahren schon einmal Opfer eines gewalttätigen Neonazi-Angriffs gewesen ist, war am 15. Februar spätabends auf dem Nachhauseweg in der Brandenburger Innenstadt dem bekannten Nazischläger Sascha L. über den Weg gelaufen. Aus bisher unbekannten Gründen kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den beiden, bei der Beuter schwere Verletzungen erlitt, darunter gezielte Tritte gegen den Kopf. Schwerverletzt wurde er auf der Straße gefunden und ins Krankenhaus eingeliefert. In der selben Nacht wurde Sascha L. wegen Verdachts der »schweren Körperverletzung« verhaftet, aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen.

Erst nachdem Beuter am 20. Februar im Krankenhaus gestorben war, wurde Sascha L. erneut festgenommen. Seitdem befindet er sich in Untersuchungshaft. Der Tatvorwurf lautet nun auf »schwere Körperverletzung mit Todesfolge« – offensichtlich soll hier wieder einmal einem hoffnungsvollen Jungdeutschen die Zukunft nicht durch eine Totschlags- oder Mordanklage verbaut werden. Nach wie vor ungeklärt ist auch, ob Sascha L. allein oder mit mehreren Gesinnungsgenossen auf Sven Beuter eingeschlagen hat. Die zuständige Staatsanwaltschaft in Potsdam will dazu momentan keine Auskünfte erteilen – man wolle die Ermittlungen nicht gefährden.

Der Mord an Sven Beuter stellt den vorläufigen Höhepunkt einer neuen Welle von Neonazi-Aktivitäten in Brandenburg-Stadt dar. In den letzten Monaten waren in der Stadt und den umliegenden Dörfern vermehrt Übergriffe und Nazipropaganda registriert worden. Dem landesweiten Trend folgend, hat sich auch in Brandenburg-Stadt die zweite Nachwuchsgeneration der Neonazis etabliert, zu der auch Sascha L. gehört.

Kerstin Walden



Tschernobyl ist überall

Demonstration und Widerstandscamp am Atommüll-Lager Ahaus vom 26.-28. April '96

Am 25.4.95, als in Gorleben der erste CASTOR durchgeprügelt wurde, konnte sich die Atommafia ins Fäustchen lachen: in ihr Ahauser Lager rollte zeitgleich nicht etwa der erste, sondern der 305. CASTORbehälter - und niemand hat's gemerkt.

Ahaus, hä? Ahaus ist ein kleines Städtchen im westlichen Münsterland, umgeben von idyllischen Bauernhöfen, bewohnt von braven Bürgerinnen und Bürgern und überdurchschnittlich vielen Beamten. Die Hoch-Zeit der Anti-Atombewegung in den 80er Jahren ging an dem Örtchen mit dem langweiligen Namen zwar nicht ganz spurlos vorüber, aber zu einer Berühmtheit des Widerstandes hat es Ahaus nicht gebracht. Es gründete sich zwar die Bürgerinitiative "BI Kein Atommüll in Ahaus", die vor allem auf juristischem Wege versuchte gegen Bau und Betrieb des Atommüllagers vorzugehen, darüber hinaus blieb Ahaus jedoch ein schwarzer Fleck auf der Landkarte.

Radioaktive Spuren gibt es dagegen genug. An der Landstraße, zwei Kilometer vor Ahaus, steht mitten in der Knüste ein besserer Kuhstall, der es in sich hat. Offizieller Name: Brennelement-Zwischenlager (BEZ), betrieben von der Brennelement-Zwischenlager Ahaus GmbH (BZA). Dort wurden bisher 305 CASTORbehälter mit hochradioaktiven Graphitkugeln aus dem stillgelegten ThoriumHochtemperaturreaktor (THTR) in Hamm-Uentrop eingelagert. Auch in Ahaus gab es bei der Ersteinlagerung eine etwas größere Blockade, die jedoch den Transport allenfalls verzögerte. Mit wendländischen Verhältnissen läßt sich das ganze natürlich nicht vergleichen. Bei den folgenden Transporten gab es noch den ein oder anderen Blockadeversuch, wobei sich die wenigen Widerstandswilligen jedoch mit einer ungleich stärkeren Gegenseite konfrontiert sahen.

Vor Angriffen von außen haben die Betreiber des BEZ nämlich große Angst: Zwei mit Stacheldraht versehene Zäune, Videokameras, Bewegungsmelder und eine ganze Hundestaffel einschließlich Wachtrupp sichern die strahlende Materie. Dabei hätte der Atommüll auch ohne Probleme auf dem nächsten Acker abgestellt werden können, denn die Halle selbst schirmt die radioaktive Strahlung der CASTORbehälter nicht ab und bietet auch sonst keinen Schutz. Schließlich liegt sie ja auch nur unter der Wendeschleife der dortigen Tiefflieger. Aber immerhin verfügt das Lager über ein ausgeklügeltes Kühlungssystem: unten geht die Luft rein, oben wieder raus.

Und weil die Atommafia mit einem Widerstand nach wendländischer Art nicht rechnet, plant sie eine Erweiterung des Lagers. Entstehen soll eine doppelt so große Halle wie die CASTORhalle, in der schwach- und mittelradioaktiver Müll eingelagert werden soll. Außerdem ist eine Konditionierungsanlage (Atommüllverpackung) im Gespräch. Für die Erweiterung hat die BZA bereits die baurechtliche, nicht jedoch die atomrechtliche Genehmigung erhalten. Mit einem Baubeginn müssen wir bereits dieses Jahr rechnen, auch wenn die BZA für Mai neue Gespräche über die Notwendigkeit der Erweiterung angekündigt hat. Denn die Stadt Ahaus ist bisher wenig gewillt, auf die üppigen Schmiergelder der BZA zu verzichten.

Doch auch am "Brennelement-Zwischenlager Ahaus" (BEZ) wächst der Widerstand. Denn langsam dringt die Erkenntnis durch, daß das, was in Gorleben verhindert wird, problemlos in Ahaus landen könnte. Im Winter 1994 und im Sommer 1995 gab es zwei symbolische Platzbesetzungen auf dem Erweiterungsgelände mit rund 30 Leuten. Seit der ersten Platzbesetzung findet jeden dritten Sonntag im Monat ein Sonntagsspaziergang statt.

Aktionswochenende zum Tschernobyl-Jahrestag

Auch 10 Jahre nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl ist ein Ende der Atomenergienutzung nicht in Sicht. Entgegen den Beteuerungen der rot-grünen NRW-Landesregierung, aus der Atomenergie auszusteigen, ist Nordrhein- Westfalen nach wie vor ein bedeutender Atomstandort.

Vom 26.-28. April soll in Ahaus, stellvertretend für alle Anlagen der Region von Lingen über Gronau und Ahaus bis Jülich und Würgassen ein Aktionswochendende stattfinden. Mit einer powervollen Demonstration am Samstag und einem bunten und kreativen Widerstandscamp wollen wir der Atomafia zeigen, daß sie unseren Widerstand nicht nur in Gorleben fürchten muß.

Das Widerstandscamp soll am Freitag um 15 Uhr beginnen. Auf einer Wiese gegenüber des BEZ wollen wir unsere Zelte aufschlagen, in Arbeitsgruppen über allerlei interessante Themen diskutieren, uns phantasievolle Widerstandsmöglichkeiten einfallen lassen und der Atommafia ein Dorn im Auge sein. Hier soll Raum zum Kennenlernen, Infoaustausch, Kultur und Kreativität sein.

Die Demo beginnt am Samstag, 27.4.96, um 12.00 Uhr auf dem Rathausplatz von Ahaus.

Kommt in Massen

Infos bei:
WigA (Widerstand gegen Atomanlagen) Münster,
c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr.57,
48151 Münster,Tel: 0251-521112, DO 13-18, 20-22 Uhr, Fax: 0251-531559

Für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen - weltweit !





„Zensur“ !?!?!? in der Interim Nr. 363

Betr.: Interim 363, S. 5 , Brief des Sub Marcos an das V. europäische Solitreffen

Daß im Brief des Sub zwei Stellen weggekürzt waren (aber als Kürzungen kenntlich gemacht), hat nicht die Interim zu verantworten, sondern ich als derjenige, der die Seiten fertig gelayoutet ins Postfach gelegt hat.
Ist die Kürzung des ganzen Anfangs noch aus Platzgründen zu erklären, so ist die Kürzung am Ende des Briefes des Sub einer starken Verunsicherung geschuldet, welche die Stelle „ ...- und das, wo ich doch schwindelig werde bei jeder Feuchtigkeit, die nicht weiblich ist ...“ nicht nur bei mir ausgelöst hat.
Ist das nun sexistisch oder nicht, drüber oder knapp daneben oder noch drin, ist der Sub eben auch ein ganz normaler Macho oder hat er einfach zuviel Theweleit gelesen und will dies nun (etwas verunglückt) in einem flappsigen Nebensatz seinen europäischen LeserInnen rüberbringen, oder ist es einfach nur unnötig, an dieser Stelle einen Text zu sexualisieren, aber warum fällt ihm genau bei „Eroberung“ die untergründige Sexualisierung des Textes ein und nicht an anderer Stelle?????
Fragen und Verunsicherungen - jede Menge. Auch gab es von den Frauen der Mexiko-Gruppe die Bitte, am besten den ganzen Text wegzulassen, bis sie sich dazu ausführlicher eine Meinung gebildet haben. Dies wurde nicht getan, weil es schon wichtig ist, nachvollziehbar zu machen, warum die EZLN auf Berlin kommt.
Inzwischen wurde an vielen Orten drüber diskutiert und von den Frauen des bundesweiten Treffens der Mexiko-Soli-Gruppen ein Brief an den Sub geschrieben. Aber genau durch die Weglassung erwacht nun das Interesse einiger LeserInnen, was den nun die „sexistische Bemerkung“ (auf die in einem weiteren Text in dieser Ausgabe schon eingegangen wird) des Sub sei. Das Internet wird bemüht, um an den Orginaltext zu kommen (übrigens kein Problem), u.s.w.. Auch nach mehreren Wochen gibt es weiterhin unzählige Meinungen zu dem Spruch, aber die Verunsicherung ist weg - deshalb ist es nun viel einfacher, mit dieser Textstelle öffentlich konfrontiert zu werden.
Daß es „doof“ war, die Textstelle wegzulassen, ist unbestritten; aber nur so als kleine Gegenfrage: ihr haut immer alles, was euch verunsichert, sofort in die Öffentlichkeit hinaus, bzw. seit gleich von nix und niemandem zu verunsichern???

s.

Brief des Sub Marcos an das 5. europäische Soli-Treffen

Kommuniqué des **Geheimen Revolutionären Indígena Komitees – (CCRI-CG) Generalkommandantur des Ejército Zapatista de Liberación Nacional.** Chiapas, Mexico, Januar 1996

An: Die TeilnehmerInnen des V. Europäischen Treffens der Solidarität mit dem Zapatistischen Aufstand. Paris, Frankreich

„Dies kam Alice albern vor; daher sagte sie nichts, sondern beeilte sich, um zur Roten Königin zu gelangen. Zu ihrer Überraschung verlor sie sie sofort aus den Augen und fand sich selber wieder, wie sie erneut vor der Tür umherging.
Ein wenig verärgert, legte sie dieselbe Strecke erneut zurück und, nachdem sie die Königin überall gesucht hatte (und schließlich nur von weitem sah), dachte, daß sie in dieser Situation den Plan ausprobieren sollte, in entgegengesetzter Richtung zu gehen.
Besser konnte es ihr gar nicht ergehen. Sie war nicht einmal eine Minute lang gegangen, und schon fand sie die Rote Königin direkt vor sich, und außerdem sogar gegenüber des Hügels, den sie so gerne hatte besteigen wollen.
- Woher kommst Du? – fragte die Rote Königin. – Und wohin gehst Du? Schau, sprich deutlich und beweg nicht ständig die Finger.
Alice befolgte alles, was ihr gesagt wurde, und erklärte so deutlich sie konnte, daß sie von ihrem Weg abgekommen war und sich verlaufen hatte.
– Ich verstehe nicht, was Du mit Deinem Weg meinst – sagte die Königin. – Denn alle Wege hier sind meine.“
„Auf der anderen Seite des Spiegels. Und was Alice dort gefunden hat“. Kapitel 11: *Der Garten der lebendigen Blumen*. Lewis Carroll.

Brüder und Schwestern:
Im Namen meiner Compañeros, der Männer, Frauen, Kinder und Alten, die das Ejército Zapatista de Liberación Nacional bilden, schreibe ich Euch, um Euch zu grüßen und die Ausrichtung dieses V. Europäischen Treffens der Solidarität mit dem Zapatistischen Aufstand zu begrüßen.

Ihr müßt wissen, daß wir keinen unserer zapatistischen Compañeros haben schicken können und daß daher niemand auf diesem V. Treffen das EZLN vertritt. Zur Zeit befinden wir uns in dem internen Prozeß der Beratung innerhalb der zapatistischen Indígena-Gemeinden, um auf die Vorschläge für das Abkommen zu antworten, die bei den Verhandlungen in San Andrés Sacamch'en de los Pobres erzielt worden sind. Daher war es uns unmöglich, an Eurem V. TREFFEN teilzunehmen. Auch haben wir niemand anderen darum bitten können (und werden dies auch zukünftig nicht tun), für uns vor Euch zu sprechen. Deshalb müssen wir erneut zum Mittel des Briefes greifen, damit Ihr uns hört.
Als Anhang zu diesem Brief findet Ihr die sogenannte „Erste Deklaration von La Realidad“, die zur Durchführung des Ersten Interkontinentalen Treffens für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus aufruft. Wir bitten Euch, diesen Aufruf zu lesen und, wenn Ihr damit einverstanden seid, ihn zusammen mit dem EZLN zu unterschreiben, damit wir gemeinsam die Menschheit zu diesem Treffen einladen, um sie zu finden und uns zu finden.
Wir wissen, daß Ihr auf Eurem Treffen viele Anliegen zu behandeln habt, doch wir bitten Euch, Euch für diese – in Duritos Worten „intergalaktische“ – Angelegenheit ein wenig Zeit zu nehmen.
Dazu möchten wir folgendes sagen:
Wir schlagen Euch vor, daß für den europäischen Kontinent die Vorbereitung[illegible]sammlung für das Interkontinentale Treffen für die [illegible]

[illegible] dem [illegible]
Gut. Grüße, un[illegible]

Aus den Bergen des mexikanisch[illegible]
Subcomandante Insurgente Marcos
Mexico, im Januar 1996

P.S. als Warnung an die NATO.– Durito hat seine Idee, in Europa zu landen und die Eroberung Europas zu beginnen, nicht aufgegeben. Er hat mich eingeladen, mitzumachen, ich habe aber meine Zweifel. Das Boot, das er vorbereitet, ist einer Ölsardinendose verdammt ähnlich. Außerdem fürchte ich, daß er mich nur als seinen Ruderer mitnehmen will – und das, wo ich doch schwindelig werde bei jeder Feuchtigkeit, die nicht weiblich ist...



Zapatisten betonen politischen Kampf

Zweiter Jahrestag des Aufstandes in Sturm und Nebel

Die Berichterstattung über Chiapas und die EZLN im Mexico der Vorweihnachtszeit erinnerte im Tenor an den Sommer 1994 im Vorfeld der ersten „Nationalen Demokratischen Konvention". Die Tageszeitung „La Jornada" brachte täglich beeindruckende Bilder und Reportagen über die Bauarbeiten an den vier neuen „Aguascalientes" in Moravia, La Garrucha, La Realidad und Oventic. In diesen Orten errichtete die mit der EZLN sympathisierende Indígenabevölkerung ähnliche Freilufttheater wie im ersten „Aguascalientes" bei Guadalupe Tepeyac, das die Armee im Februar 1995 zerstörte und seitdem als Armeelager benutzt.



FZLN

Kernpunkte der Vierten Erklärung aus der Selva Lacandona sind zum einen die ausdrückliche Priorität des politischen über den bewaffneten Kampf und zum anderen der Aufruf zur Gründung einer Frente Zapatista de Liberación Nacional (FZLN). Klar ist bisher nur, daß dies nicht die freiwillige Entwaffnung oder Auflösung der EZLN bedeutet, auch wenn zum Ausdruck gebracht wird, daß die EZLN sich als eine Kraft unter anderen in dieser Frente integrieren will. Die FZLN wird verstanden als der Beginn einer nationalen Organisation neuen Stils, die Sprachrohr und Allianz der organisierten, parteiunabhängigen demokratischen Kräfte sein will, ohne die Regierungsmacht anzustreben.

.ersion

Es sollten Begegnungsstätten für Frieden und kulturellen Austausch werden – zwischen den verschiedenen Maya-Völkern in Chiapas selbst und der internationalen Gemeinschaft. Vier Tage lang – vom 28. bis 31. Dezember – sollte dort gefeiert werden. Den Höhepunkt bildete die Silvesterfeier, gleichzeitig (zweiter) Jahrestag des Zapatisten-Aufstandes. Allein in Oventic arbeiteten mehrere Baubrigaden mit etwa 500 Männern und Frauen 50 Tage lang rund um die Uhr. Umgeben von aufsteigenden Zuschauertribünen entstanden eine zentrale Bühne und zwei Nebenbühnen. Sechs große Zeltunterkünfte für Besucher, ein Frauenhaus, eine Bibliothek, ein großer Versammlungsraum und überdachte Feuerstellen gehörten ebenfalls zum neuen „Kongreßzentrum". Die ArbeiterInnen kamen gruppenweise aus den umliegenden Weilern von San Andrés (dem Verhandlungsort zwischen Zapatisten und der mexicanischen Regierung) sowie aus benachbarten Gemeinden des Hochlandes. Sie hatten Baumaterial – Holz, Sand, Zement – mitgebracht.

In ihrer öffentlichen Einladung an die nationale und internationale „Zivilgesellschaft" unterstrichen die Zapatisten den zivilen Charakter der geplanten Festlichkeiten. „Wir verpflichten uns öffentlich, keinerlei offensive militärische Aktion zu unternehmen. Wir bereiten uns auf den Frieden vor, nicht auf den Krieg."

Die Armee benutzte die Festvorbereitungen als Vorwand für verstärkte Patrouillen auf dem Land mit teilweise rasanten Tiefflügen sowie verschiedentlichen Provokationen und Einschüchterungen. Sie erklärte, die Kultur-Foren seien „verborgene Militärcamps" der EZLN, die Festlichkeiten eine Fassade für die Vorbereitung militärischer Aktionen der Aufständischen. Der Jornada-Reporter Hermann Bellinghausen dazu: „Die Dummheit, sich von Oventic bedroht zu fühlen, kann nur noch von der übertroffen werden, Oventic zu bedrohen."

Vielleicht gab es ja tatsächlich Befürchtungen seitens der Armee, daß die EZLN sie wie im Dezember 1994 nasführen und mit einer spektakulären Aktion überraschen könnte. Aber das Hauptmotiv für die Drohgebärden der Armee war sicherlich, zu verhindern, daß die Einweihung der vier „Aguascalientes" zu einem massiv besuchten und öffentlichkeitswirksamen Solidaritätsereignis würde. Ausländischen BesucherInnen wurde daher besondere Aufmerksamkeit zuteil: Mehrere internationale TeilnehmerInnen der Friedenscamps in der Konfliktzone wurden kurz vor Weihnachten von der Migrationsbehörde zu Verhören zitiert. Auf dem Weg nach Realidad ließ die Migrationsbehörde fünf InternationalistInnen abfangen und räumte ihnen fünf Tage zum Verlassen des Landes ein. Einer US-Journalistin, deren Antrag auf Arbeitserlaubnis fast ein Jahr lang verschleppt worden war, wurden – zwischen Weihnachten und Neujahr – fünf Tage zugestanden, um ihre Papiere in Ordnung zu bringen.

Die Gemeindegebiete von Ocosingo, Las Margaritas und Altamirano wurden für TouristInnen zum Sperrgebiet erklärt. Ziel militärischer Provokationen war besonders Oventic. Dieser Weiler gehört zur Tzotzilgemeinde San Andrés Sakamch'en, dem Ort der Verhandlungen zwischen

EZLN und Regierung. Er liegt mitten im Hochland von Chiapas, nur eine Stunde von San Cristóbal de las Casas, aber mindestens vier Stunden vom nächstgelegenen Ort in der sogenannten Konfliktzone entfernt. Das bedeutet, daß die Regierung mit einem Öffentlichkeitsakt der EZLN weit außerhalb der sogenannten Zapatisten-Gebiete konfrontiert wurde. Sie reagierte provokativ mit bewaffneten Konvois, die direkt am Veranstaltungsort vorbeifuhren – obwohl die Regierung öffentlich die Einstellung jeglicher Patrouillen im Umfeld der vier Orte verkündet hatte. In nächster Nähe zu Oventic versuchte das Militär sogar, ein neues Militärcamp zu errichten. Die Bevölkerung reagierte trotz der auf sie gerichteten Waffen mit Wut und zivilem Widerstand. Kinder stellten sich den gepanzerten Fahrzeugen in den Weg, und Frauen warfen Steine gegen Militärlastwagen, bis sie wieder abzogen.

Später dokumentierten JournalistInnen die Festnahme eines Armeeoffiziers durch (unbewaffnete) Zapatisten, der allein um den Veranstaltungsort herumgeschlichen war und unverfroren erklärte, daß er seine Gruppe verloren habe und nicht wisse, wo er sei. Die Zapatisten nutzten diesen Zwischenfall zur Darstellung ihrer Sache und forderten die Soldaten zur Desertierung auf. Der Offizier wurde nach einigen Stunden wieder freigelassen.

Dann verzogen sich Armee und Nebel

Die beiden Vermittlungskommissionen CONAI und COCOPA trugen entscheidend zur Entschärfung der Situation bei. Sie führten Pendelverhandlungen mit Regierung und EZLN und erreichten schließlich die offizielle Duldung der Feierlichkeiten durch die Regierung gegen das Versprechen der EZLN, auf militärische Aufmärsche während des Festes zu verzichten.

Am Silvestertag blieb die Armee dann in ihren Stellungen und Oventic von weiteren Störungen veschont. Schließlich verzog sich auch der Nebel, der abwechselnd mit Sturzregen tagelang das große Auditorium nahezu unsichtbar gemacht hatte. Mit einem beeindruckenden Bergpanorama im Hintergrund war es jetzt in seiner gesamten Größe zu erkennen.

In den Tagen zuvor war der Nebel phasenweise so dicht gewesen, daß der Blick nicht von der Nebenbühne zur Hauptbühne durchdrang. Die Menschen auf den Zuschauerrängen, selbst kaum sichtbar, blickten wie in einem Tarkovsky-Film alle in die gleiche Richtung, auf ein unsichtbares, weil nebelverhülltes Objekt, aus dem körperlose Live-Musik drang. Auch die Musikdarbietungen selbst nahmen teilweise surrealistische Züge an. Während auf der Hauptbühne ein Rockmusiker aus Mexico-Stadt Lieder gegen die Krise und den Ex-Präsidenten Salinas sang, versammelten sich auf den Nebenbühnen Männer aus Zinacantán und San Andrés in ihren Trachten rund um traditionelle Musikgruppen und stampften auf dem mit Kiefernadeln bestreuten Holzboden den monotonen, eingängigen Rhythmus des Bolonchón mit, der feierlich auf einfachen Harfen, Geigen, Flöten, mit Akkordeon und Trommel vorgetragen wurde. Volkstheater zur Choleravorsorge wechselte sich mit Ranchero-Gesängen, Gruppentänzen und einem Sprechtheater über den peruanischen Indígenaführer Túpac Amaru ab.

Unter einem Nachthimmel, den ein anhaltend heftiger Wind sternenklar geputzt hatte, begann schließlich vor etwa 2000 FestteilnehmerInnen die Feier zum zweiten Jahrestag des Aufstandes. 15 Mitglieder des Geheimen Revolutionären Indígena-Komitees (CCRI) begrüßten die Anwesenden. Comandante Domingo nimmt erneut Stellung zum friedlichen Charakter der Veranstaltung und zu den Provokationen der Regierung. Comandante Hortensia spricht über die Rolle der Frauen in der zapatistischen Bewegung vor und seit dem Aufstand. Als Comandante Javier sich in Tzotzil an das (mehrheitlich) Indígena-Auditorium wendet, geben die Plastikplanen der Hauptbühne den Widerstand gegen den sturmartigen Wind auf und beginnen sich loszureißen. Kurz nach Mitternacht wird dann das Dach einer der Nebenbühnen Opfer der Windböen. Aber die Stimmung bleibt gut.

Eine beeindruckende Feier

Eine mit der Hand geläutete Metallglocke signalisiert schließlich den Beginn des Jahres 1996. (Es war schon etwas Besonderes, zusammen mit 2000 – stocknüchternen – Leuten diesen Moment zu erleben...). Das CCRI bittet die Menschen vor der Bühne, zur Seite zu gehen und einen Raum in ihrer Mitte zu öffnen. Aus dem nächtlichen Hintergrund kommen etwa fünfhundert bis sechshundert KämpferInnen der EZLN, ohne Uniform und Waffen, aber in Formation und mit verhüllten Gesichtern, und nehmen singend den für sie geöffneten Platz ein. Nach der Zapatisten- und der Nationalhymne gibt Comandante David das Wort an Major Ana Maria, die fast eine ganze Stunde lang die Vierte Erklärung der Selva Lacandona verliest, in ständigem Kampf mit dem Wind, der an ihren Textblättern zerrt. Ihr Vortrag wird abgelöst von Hoch-Rufen auf die EZLN, auf Subcomandante Marcos, auf Mexico. Sie gehen schließlich unter in einem schier endlosen Feuerwerk, das von den umgebenden Bergen widerhallt.

Es war eine wunderbare Feier und ein großer Erfolg, der an vier Orten zugleich ohne schwerwiegende Zwischenfälle realisiert werden konnte. Es kamen aber bei weitem nicht so viele Menschen wie erwartet, weder aus Mexico selbst noch aus dem Ausland. Auch die Präsenz der Presse war deutlich geringer und auf Oventic und La Realidad beschränkt. Das hatte umgekehrt den positiven Effekt, daß die Indígenabevölkerung sozusagen Protagonist im eigenen Haus blieb und nicht zum Statisten in einer ladino-dominierten Inszenierung wurde. Die Gründe für die geringere Teilnahme sind nicht eindimensional allein in der geschilderten Taktik von Armee und Regierung im Vorfeld der Feiern zu suchen. Ein anderer Begrenzungsfaktor ist, daß die Öffentlichkeit erst etwa eine Woche vorher zur Teilnahme eingeladen wurde. Ganz entscheidend jedoch dürften sich auch die Irritationen ausgewirkt haben, die die EZLN im letzten Jahr in der chiapanekischen Indígena- und Bauernbewegung ausgelöst hatte. Wie in der ila 186 berichtet wurde, kam es im Sommer zu einem Konflikt in der Volksbewegung darüber, ob man sich mit einem speziellen Regierungsgesandten an den Verhandlungstisch über Land- und soziale Fragen setzen solle oder nicht. Die EZLN hat in diesen Konflikt mit der Beschimpfung der Verhandlungswilligen als Verräter eingegriffen und im Widerspruch zu ihrer wiederholt formulierten Ablehnung einer Avantgarde-Rolle auf ihrem alleinigen Verhandlungsrecht gegenüber der Regierung bestanden. Das hat die soziale Basis der Rebellenregierung von Amado Avenado dauerhaft gespalten.

Zwar hat die EZLN nach einigen Monaten dieses Vorgehen selbstkritisch als Fehler eingestanden und sich entschuldigt, aber das Porzellan war zerbrochen. Die frisch geklebten Scherben fielen erneut zu Boden, als die EZLN bei den Gemeinderats- und lokalen Parlamentswahlen im Oktober erst im allerletzten Moment ihre Basis anwies, sich nicht an den Wahlen zu beteiligen. Marcos hat bestritten, daß es einen solchen Befehl gegeben habe, nur scheint es sich leider lediglich um eine semantische Unterscheidung zwischen Befehl und Aufforderung zu handeln. Begründet wurde diese „Empfehlung", die in der Nacht vor den Wahlen verbreitet wurde, mit dem opportunistischen Verhalten der PRD-Führung (siehe ila 190). Wohl wurde und wird diese Kritik an der PRD-Führung von großen Teilen der oppositionellen Kräfte in Chiapas geteilt. Gleichzeitig war die PRD bei diesen Wahlen jedoch nicht mehr als die formelle Fahrkarte für eine

große Zahl lokaler Kandidaten, die keine PRD-Funktionäre waren und sich auf eine unabhängig organisierte, soziale Basis stützen konnten. Der gegen die bürgerliche Linie der PRD-Führung gerichtete Schlag landete dort zwar auch, aber noch viel schmerzhafter in der Magengrube von Leuten, die sich selbst als EZLN-SympathisantInnen betrachten und sich von selbiger im Regen stehen gelassen fühlten.

Es ist so eine Situation entstanden, in der nicht mehr einfach euphorisch auf jeden Fingerzeig der EZLN reagiert wird. Es ist aber auch nicht zu einer Ent-Solidarisierung gekommen. Die unabhängigen Bauern- und Indígenaorganisationen verstehen sich weiter als Verbündete der EZLN, und das ist keine Rhetorik, sondern in jeder einzelnen ihrer Mobilisierung oder Unterstützung des Verhandlungsprozesses dokumentiert. Jedoch wollen sie als Bündnispartner mit dem Recht auf abweichende Auffassungen über taktische Fragen und mit eigener Verantwortung gegenüber ihrer eigenen sozialen Basis anerkannt werden. Im großen und erheblichen Unterschied zu manch 150%igem EZLN-Anhänger in Chiapas, Mexico oder sonstwo repräsentieren diese Organisationen übrigens wirklich soziale Basis und waren bisher die handlungsfähigsten Unterstützer der ZapatistInnen.

Das Panorama auf internationaler Ebene und in Chiapas bleibt für gute und schlechte Überraschungen und Entwicklungen offen. Die PRI ist weiterhin derart in internen Machtkämpfen verwickelt, daß jeden Tag wieder etwas Unvorhergesehenes eintreten kann. So wie die Februaroffensive im letzten Jahr oder die Festnahme von Fernando Yáñez, dem angeblichen Comandante Germán, alle überrollt hat, kann morgen was Ähnliches geschehen. Und zwar um so eher, je besser und damit bedrohlicher für die Hardliner der PRI der Verhandlungsprozeß zwischen EZLN und der Regierung unter Beteiligung der mexicanischen Gesellschaft läuft. Einfluß auf die Kräfteverhältnisse hat dabei sicher die Gewißheit, daß die EZLN militärisch nichts reißen kann und will. Gleichzeitig hat es bisher keine Fortschritte dabei gegeben, eine politische, regierungsfähige Alternative zur PRI (und zur PAN) aufzubauen.

Die am 1. Januar 1996 gegründete Frente der Zapatisten ist der inzwischen vierte Versuch der EZLN, eine breite, nationale Allianz aufzubauen. Es wird sich zeigen, ob das der Anfang vom Ende der EZLN als im positiven Sinne „originelle" politische Kraft oder wirklich der Beginn einer nationalen politischen Organisation neuen Stils sein wird, wie es sich die GründerInnen wünschen. Vor allem ist zu hoffen, daß der besondere Charakter der EZLN als Indígena-Organisation nicht verloren geht.

Claudia G. Koch

Tortengruß

Bevor der Abend hereinbrach und der Höhepunkt des Festes begann, gab es noch einen Zwischenfall: Ein Lieferwagen mit dem großen Schriftzug „Venus 13" tauchte auf, dem ein flotter Mittvierziger in hochland- und szeneunüblichem Sakko entstieg. Er verblüffte die wachhabenden Zapatisten mit der Bitte, einen Kuchen übergeben zu dürfen, den seine in Tuxtla Gutiérrez ansässige Konditorei aus Anlaß des Zweiten Jahrestages des Aufstandes und nachträglich zum Geburtstag des SUP gebacken habe. Da der Konditor außer seinem Führerschein keinen Nachweis über seine Person und seine ehrenhaften Absichten vorlegen konnte, dauerte es etwa drei Stunden, bis die Entscheidung getroffen wurde, das Kunstwerk aus Biskuitteig, Buttercreme und Eierschaum anzunehmen. Es handelte sich um ein mehr als ein Quadratmeter großes Gebilde, mit grünen Eierschaumbergen auf einer Biskuitebene, in der Zuckerbäche flossen und Teighäuschen standen, und locker hineingestellt mindestens ein Dutzend der Zapatista-Püppchen, die die Chamula-Frauen in San Cristóbal de las Casas für Touristen herstellen. Aus nachvollziehbarer Vorsicht wurde der Kuchen an diesem Abend nicht an die FestteilnehmerInnen verteilt, sondern eine Rückmeldung der vom Konditor genannten Referenzen abgewartet...

1.Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus vom 30.Mai - 2.Juni 1996 in Berlin

Vorbereitungstreffen: Mittwoch 20.März 19.30 Uhr
Blauer Salon, Mehringhof
Gneisenaustr.2a

Kontakt: *Solidaridad Directa und Mexiko-Gruppe im FDCL*
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Tel.6934029 (montags ab 20 Uhr)
Fax 6926590



CHIAPAS CHIAPAS CHIAPAS

VIVA EL EZLN EN MEXICO

Aufruf

NO PEACE . . .

Freilassung aller irischen politischen Gefangenen

Einleitung

Seit Oktober 1994 ist der offene militärische Krieg im Norden Irlands eingestellt. Aber eine Lösung ist noch lange nicht erreicht - "Frieden" umfaßt mehr als nur die Abwesenheit von militärischen Aktionen. Die britische Regierung hat bis heute nicht ihre Verantwortung als Kolonialmacht, ihre ursächliche Beteiligung am Krieg im Norden Irlands anerkannt. Aus dem bisherigen Verhalten der britischen Regierung im Friedensprozeß wird ersichtlich, daß sie versucht die republikanische Bewegung hinzuhalten und zu keiner grundlegenden Veränderung ihrer imperialistischen Politik bereit ist. Die anfängliche Euphorie über die Einstellung der militärischen Auseinandersetzung, die hier auch in den Medien verbreitet wurde, ist einer Ernüchterung über das taktische Hin und Her der britischen Regierung gewichen. So auch im Januar diesen Jahres, als die britische Regierung die Vorbedingung der Waffenabgabe aufgrund der Vorschläge der Mitchell-Kommission aufgegeben und durch die Vorbedingung von Wahlen zu einer eigenen nordirischen Versammlung ersetzt hat. Es gilt weiterhin, mehr als mißtrauisch zu sein - das Interesse der britischen Regierung ist, Ruhe in einem Unruhegebiet zu haben und nicht der Aufbau von emanzipatorischen Gesellschaftsstrukturen. Wir wollen mit der Kampagne "NO PEACE WITHOUT RELEASE" (Kein Frieden ohne Freilassung) in der BRD die Forderung der republikanischen Bewegung nach sofortiger und bedingungsloser Freilassung aller politischen Gefangenen unterstützen.

Die Entwicklung des Friedensprozesses

Zuerst ein kurzer Rückblick auf die Ereignisse in Irland. Als Beginn des jetzigen Friedensprozesses ist die irische Friedensinitiative zu sehen, die die Vorsitzenden von Sinn Féin (SF), Gerry Adams, und der Social Democratic and Labour Party (SDLP), John Hume, im Herbst 1993 vorlegten. Ihr Plan wurde von der britischen Regierung aber abgelehnt. Sie reagierte auf die Initiative mit der "DowningStreet-Erklärung", die zusammen mit der irischen Regierung im Dezember 1993 veröffentlicht wurde. Die Briten äußerten erstmalig ihre Bereitschaft, sich aus dem Norden Irlands zurückzuziehen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung es wünsche. Damit wurde aber wiederum der unionistisch/loyalistischen Bevölkerung ein Vetorecht zugestanden: jede Änderung der Konstitution des Landes kann von ihnen blockiert werden. Die Ansprüche der nationalistisch/republikanischen Bevölkerung nach Änderung der konstitutionellen Verfassung, letztlich der Vereinigung von Nord- und Südirland, wurden nicht berücksichtigt. SF lehnte die Erklärung zwar als nicht ausreichend ab, sah aber dennoch Ansätze zur Veränderung.

Am 31. August 1994 erklärte die IRA die Einstellung aller militärischen Operationen. Damit war die Verantwortung für die nächsten Schritte bei den Briten. Aber erst nach dreimonatiger Wartezeit (für die Briten scheinbar so eine Art Karenzzeit) fanden im Dezember 1994 erste Gespräche zwischen SF und Angehörigen des Nordirlandministeriums statt. Die loyalistischen Paramilitärs verkündeten im Oktober 1994 einen Waffenstillstand. Seitdem ist die existentielle Bedrohung der nationalistischen/republikanischen Bevölkerung durch loyalistische Todesschwadrone erstmal gebannt.

Im Februar 1995 veröffentlichten die britische und die irische Regierung ein sogenanntes Rahmendokument, in dem sie ihre Vorstellungen zur Änderung der konstitutionellen Situation darstellen. Es soll wieder ein nordirisches Parlament geben; Außen- und Sicherheitspolitik bleiben allerdings in Händen Londons. Diese nordirische Versammlung soll mit der Regierung in Dublin ein gemeinsames Gremium bilden, das sich mit Fragen der Kultur, des Tourismus und EU-Geldern beschäftigt. Trotz der vorgesehenen Kooperation mit dem Süden bleibt aber das unionistische Veto erhalten: Eine Änderung der konstitutionellen Situation ist nur mit Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit möglich. Große Euphorie ist über diesen Plan nicht ausgebrochen. SF begrüßte das Rahmendokument einmal mehr als Verhandlungsgrundlage und Schritt in die richtige Richtung. Die unionistischen PolitikerInnen verdammten das Papier in der gewohnten Weise als "Einbahnstraße in ein vereintes Irland". Deuteten Umfrageergebnisse im Frühjahr noch eine gewisse Unzufriedenheit der Basis mit der harten Linie der unionistischen Führung an, so setzten sich mit der Wahl von David Trimble zum Vorsitzenden der Ulster Unionist Party (UUP) im September 95 die Hardliner innerhalb des unionistischen Lagers wieder durch. Auf einem Sonderparteitag der UUP im Oktober 95 wurden Gespräche mit der IRA ohne Waffenabgabe einstimmig abgelehnt.

Eigentlich wäre nach der Einstellung aller militärischer Operationen der IRA der Zeitpunkt für die sofortige Aufnahme von Gesprächen aller am Konflikt beteiligter Parteien nötig gewesen. Bisher hat es nur einige Treffen von SF-VertreterInnen mit Angehörigen der britischen Regierung gegeben, die ohne Folgen blieben. Die britische Regierung beharrt seit einem Jahr darauf, daß die IRA erst alle Waffen abgeben müsse, bevor geredet wird. Dies ist aber unannehmbar, da es einer Kapitulation gleichkäme. Dies weiß auch die britische Regierung, die so den Stillstand der Entwicklungen zu verantworten hat. Sie scheint eher auf die Spaltung der republikanischen Bewegung an der Frage der Waffen oder die erneute Eskalation mit dem Versuch einer militärischen Lösung zu setzen. Durch das Ergebnis der Mitchell-Kommission ist die britische Regierung unter Druck und rückte von der Forderung der Waffenabgabe als Vorbedingung ab. Allerdings hat Major Ende Januar 1996 die Option einer nordirischen Versammlung ins Spiel gebracht, die für Allparteienverhandlungen verantwortlich sein soll. Dies ist aber bei der institutionalisierten unionistischen Mehrheit für die republikanische Bewegung nicht akzeptabel. Forderung ist, daß ohne irgendwelche Vorbedingungen sich alle am Konflikt beteiligten Parteien und Gruppen zu Verhandlungen zusammensetzen.

Zur republikanischen Bewegung

Das Ziel der republikanischen Bewegung ist der Abzug der britischen Armee, ein Ende der Kolonisation und ein vereinigtes und sozialistisches Irland. SF als der größte organisierte Teil der republikanischen Bewegung ist nach der Einstellung der militärischen Operationen der IRA als politische Kraft heute mehr oder weniger anerkannt. Der Empfang Gerry Adams durch den US-amerikanischen Präsidenten im März 95 zeigt, wie sicher sich die SF-Parteiführung schon auf dem diplomatischen Parkett bewegen kann. Innerhalb der Bewegung wird die Gefahr gesehen, daß die Parteiführung sich zu sehr auf eben dieses diplomatische Parkett verläßt. Absicht der US-amerikanischen und der irischen Regierung, die das Treffen mit arrangierte, ist es denn auch, durch eine Einbindung von SF in die Strukturen der bürgerlichen Politik eine Rückkehr zum bewaffneten Kampf der IRA, als Option bei einem Scheitern von Verhandlungen, immer schwerer zu machen.

Das erklärte Ziel von SF bleibt die Vereinigung Irlands und danach die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Es wird aber auch gesehen, daß dieses nicht durch die Partei allein erreicht werden kann, sondern nur durch den Willen der Menschen in ganz Irland. In der jetzigen Phase des Friedensprozesses ist es daher notwendig, konkrete Schritte in Richtung einer Gesamtlösung zu unternehmen. Neben der Forderung nach sofortigem Beginn von Gesprächen aller am Konflikt beteiligter Parteien gibt es drei aktuelle Hauptforderungen der republikanischen Bewegung (d.h., sie werden nicht nur von SF erhoben):

Demilitarisierung beinhaltet den Rückzug der britischen Armee in die Kasernen bis zum endgültigen Abzug und die Auflösung/Umstrukturierung der nordirischen Polizei RUC. Perspektivisch umfaßt die Forderung die völlige Entwaffnung der nordirischen Gesellschaft, also auch die Waffenabgabe der IRA und der loyalistischen Paramilitärs.

Aufhebung der repressiven Sondergesetzgebung bedeutet, Ausnahmegesetze wie den PTA (Prevention of Terrorism Act) abzuschaffen, der z.B. die Einreise von IrInnen nach Britannien erschwert und eine Festnahme ohne Haftbefehl bis zu sieben Tagen ermöglicht.

Die Freilassung aller politischen Gefangenen ist ebenso grundlegende Forderung. Bis die erkämpft ist (wozu ja vielleicht auch diese Kampagne etwas beitragen kann) gibt es Forderungen nach Rückführung aller irischen politischen Gefangenen aus den Knästen in Britannien in den Norden bzw. Süden Irlands sowie ein Ende der sexistischen "Strip-Searches" (Nacktdurchsuchung) im Frauenknast (s.u.).

Diese Forderungen sind in unseren Augen unerläßliche Schritte auf dem Weg zu einer Gesamtlösung im Norden Irlands. Die britische Regierung bewegt sich in

Dem Foto-Archiv Hamburg danken wir für das Foto einer Häuserwand in Derry, aus dem die hier abgebildeten, etwas entfremdeten Ausschnitte sind.

700 Irish Political Hostages

"700 Irische politische Geiseln"

...without Release !

diesen Punkten aber nur sehr langsam oder inszeniert Ablenkungsmanöver. Es ist daher notwendig, London durch politischen Druck zum Handeln zu zwingen.

Es ist nun sicher vermessen zu glauben, durch eine Kampagne in der BRD würden in London die Tische wackeln, aber es geht darum, auch hier einen Teil der internationalen Öffentlichkeit zu schaffen, die diese Forderungen der republikanischen Bewegung unterstützt. Mit der Kampagne "NO PEACE WITHOUT RELEASE" wollen wir die Forderung nach Freilassung der Gefangenen aufgreifen. Wir sehen sie auch im Zusammenhang einer noch zu entwickelnden Freilassungskampagne politischer Gefangener weltweit. Dieser internationalistische Aspekt soll in der Kampagne auch betont werden.

Die Gefangenen sind für die republikanische Bewegung keine Verhandlungsmasse in Gesprächen mit der britischen Regierung, sondern ihre Freilassung ist Teil der Lösung des Konfliktes. Die Freilassungsforderung ist nicht nur auf die republikanischen Gefangenen beschränkt, sondern schließt auch die loyalistischen Gefangenen mit ein. Diese Gefangenen werden ebenso als Resultat des Krieges verstanden, also politische Gefangene. Es ist klar, daß für die nationalistisch/republikanische und für die unionistisch/loyalistische Community eine Verhandlungslösung nur akzeptabel ist, wenn auch ihre Gefangenen freikommen. Es fällt Vielen innerhalb der nationalistischen Community schwer, die Freiheit für Verantwortliche von blutigen Massakern zu fordern, deren Ideologie auf rassistischer Unterdrückung und Sicherung ihrer Privilegien beruht, aber ohne die Freilassung aller Gefangener ist ein Ende des Konfliktes nicht denkbar. Aufgrund dieser Analyse umfaßt die Forderung auch für uns die loyalistischen Gefangenen, aber unser Bezugspunkt ist die republikanische Bewegung, mit der uns politische Gemeinsamkeiten verbinden. Die Kampagne wird daher Informationen und Berichte zu der Situation dieser Gefangenen zum Schwerpunkt haben.

Zur Situation der Gefangenen ...

Die britische Regierung nutzt die Gefangenen weiterhin als Verhandlungsmasse, um Druck auf die republikanische Bewegung auszuüben. Bis heute behauptet sie, es gäbe keine politischen Gefangenen des Krieges im Norden Irlands. Trotzdem weiß sie um die politische Bedeutung der Gefangenen und spielt mit ihr. Als "Zeichen" versteht sie ihre Ankündigung, bis zum Jahr 2000 ungefähr 450 Gefangenen freizulassen. Dieses wurde auch hier in der Presse als bedeutender Schritt gewertet. Aber realistisch betrachtet kommen nur 40 republikanische Gefangene "extra" frei, die anderen würden sowieso in diesem Zeitraum freikommen. Begründet werden diese Freilassungen aber nicht politisch, sondern mit der technischen Änderung der Strafhaftbedingungen. Auch in diesem Schritt zieht sich die britische Regierung aus der politischen Verantwortung mithilfe technokratischer Tricks. Statt der Notwendigkeit von politischen Freilassungen, die für ein Vorankommen des Friedensprozesses unerläßlich sind, verstecken sie sich hinter Gesetzesänderungen.

Zur Zeit gibt es über 500 republikanische Gefangene, die im Norden Irlands, der Republik Irland, England und den USA einsitzen. Die Haftbedingungen sind sehr unterschiedlich:

... Im Norden Irlands

Die meisten männlichen Gefangenen sitzen in Long Kesh, auch unter dem Namen "H-Blocks" bekannt, insgesamt etwa 470. In Gruppen von 25 Gefangenen zusammen, kann der Alltag relativ selbständig organisiert werden. Es gibt Schulungskurse, die Lebensmittel werden kollektiv verwaltet, die Knastleitung erkennt die Vertreter der Gefangenen als Verhandlungspartner an. Diese Bedingungen, durch einen langen Hungerstreik 1981, in dem zehn Gefangene starben, und den Jahren danach erkämpft, werden natürlich auch durch die gesamte Situation im Norden Irlands bestimmt. So wurde erst vor zwei Jahren die Trennung von loyalistischen und republikanischen Untersuchungsgefangenen erreicht, nachdem es zuvor zu Schlägereien und Übergriffen der Loyalisten gekommen war.

In Maghaberry sitzen die weiblichen Gefangenen, zur Zeit 14. Nachdem es vor einigen Jahren zu massiven sexistischen "Strip-Searches" (Nacktdurchsuchungen) gekommen war, um die weiblichen Gefangenen zu demütigen, wurden die Haftbedingungen in Maghaberry immer wieder öffentlich durch Kampagnen in Irland, Nord-Irland und England angegriffen. Trotzdem gehören "Strip-Searches" nach wie vor zum Alltag der Gefangenen. Insgesamt haben die Frauen in Maghaberry schlechtere Haftbedingungen als die männlichen Gefangenen in nordirischen Knästen.

Im Hochsicherknast Magilligan sind noch 7 Republikaner inhaftiert. In diesen Knast wurden vor allem Männer zur "Bestrafung" aus dem Kesh verlegt.

Seit 1990 können die Gefangenen eine "Urlaubsregelung" in Anspruch nehmen, d.h. daß im Sommer und zu Weihnachten mehrere Gefangene für einige Tage den Knast verlassen dürfen. Um diese Regelung für die anderen nicht zu gefährden, sind alle Gefangenen bisher wieder zurückgekehrt.

... In England

23 Männer sitzen in vier verschiedenen Knästen, z.T. als "Hochsicherheitsgefangene" und meistens von anderen irischen Gefangenen isoliert. Im Vergleich zu den Gefangenen im Norden Irlands haben sie wesentlich härtere Haftbedingungen, die in den letzten Monaten noch zugespitzt worden sind. Die Schwierigkeiten für die Familien und FreundInnen durch den langen Anfahrtsweg werden zusätzlich durch willkürliche Verlegungen und Verweigerungen von Besuchen verschärft. Von daher ist die Forderung der Gefangenen die Verlegung nach Nord- und Südirland. Die Gefangenen, die in letzter Zeit in Gefängnisse im Norden verlegt worden sind, sind dies z.T. zur "Bewährung", d.h. sie können jederzeit nach England zurückverlegt werden.

...In Irland

1995 sind 36 Gefangene im Süden Irlands vorzeitig entlassen worden. Die übrigen 20 sitzen alle im Hochsicherheitstrakt von Portlaoise. Zum Teil ist die Entlassungspolitik der irischen Regierung Augenwischerei gegenüber der republikanischen Bewegung. Ein Großteil der entlassenen Gefangenen wäre sowieso in nächster Zeit freigekommen. Die irische Regierung sieht solche Schritte in der Gefangenenfrage als Zeichen und fordert die britische Regierung zu den gleichen Maßnahmen auf.

...In den USA

Acht männliche Gefangene sind in sechs verschiedenen Knästen. Vier von ihnen sitzen aufgrund eines Auslieferungsantrags Britanniens.

"No Peace Without Release"

Während der Kampagne wird u.a. zu den Themen "Strip-Searches" und Irische Gefangene in Britannien ein Hintergrundinfo erscheinen. Ebenso wird es in einigen Städten der BRD Veranstaltungen geben (s. Kasten).

Wir wollen mit dieser Kampagne klarmachen, daß die republikanischen Gefangenen Teil einer politischen Bewegung sind, die für den Prozeß der sozialen Emanzipation kämpft. Sicherlich ist der Konflikt im Norden Irlands kompliziert und mit einfachen Schwarz/Weiß-Mustern nicht zu erklären. Aber die Verantwortung Britanniens und der unionistisch/loyalistischen Bevölkerung ist es, ein Kolonialsystem installiert zu haben, das auf Unterdrückung und Ausgrenzung eines Teiles der Bevölkerung aufbaut. Die Angst der UnionistInnen/LoyalistInnen, häufig Thema in Medien und Diskussionen, ist vor allem die Angst um Verlust ihrer privilegierten Stellung. Die republikanische Bewegung ist aus ihrer Position der Unterdrückung heraus wesentlich emanzipatorischen Gedanken verpflichtet. Dennoch funktioniert auch hier in der BRD die Propaganda, die den Konflikt zu einem Religionskrieg oder, rassistisch motiviert, zu einer Eigenart der IrInnen erklärt.

Gegen diese Stereotypen, in denen die britische Regierung zu einer um ihre BürgerInnen besorgten Staatsmacht wird, ist es notwendig, die Geschichte und Gegenwart der Unterdrückung aufzuzeigen. Ebenso, daß die britische Regierung trotz ihrer Beteuerung, alles für eine Lösung des Konfliktes zu tun, real nur zögerliche Schritte unternimmt oder aussagelose Gesten.

Eine internationale Öffentlichkeit muß mit Druck dazu beitragen, die britische Regierung dazu zu bringen, die Gefangenen freizulassen und ihre Truppen aus Irland abzuziehen.

Ohne die Freilassung aller politischen Gefangenen wird es keine Lösung des Konfliktes in Irland geben !

Freilassung aller irischen politischen Gefangenen !
Abzug der britischen Truppen !
Auflösung der RUC !
Aufhebung der Sondergesetze !

Diese Forderungen sind vor dem Hintergrund des britischen Kolonialismus in Irland zu verstehen. Eine politische Lösung in Irland, als "Friedensprozeß" in aller Munde, muß auch eine Auflösung dieses kolonialen Verhältnisses beinhalten.

Rundreise mit 2 VertreterInnen aus Irland zur Kampagne

Veranstaltungs-Termine

11.3.: Köln

12.3.: Hamburg

14.3.: Berlin

15.3.: Frankfurt/M.

16.3.: Mannheim

Bitte achtet auf die Ankündigungen !

Wer MEHR INFORMATIONEN zu der Kampagne NO PEACE WITHOUT RELEASE haben möchte, schreibt einfach an:
Irland-Gruppe Köln
c/o R. Engert
Olpener Str. 669
51109 Köln

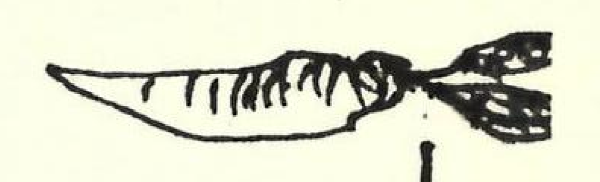
Das Hintergrundinfo und Plakate schicken wir gerne zu. Über Spenden (Briefmarken oder bares) freuen wir uns natürlich auch sehr.

Release them Now !

"Laßt sie jetzt frei!"

3

4



IRA beendet die Einstellung aller militärischen Operationen

"Nur sehr widerstrebend gibt die Führung von Oglaigh na hEireann (IRA) bekannt, daß die komplette Aussetzung aller militärischen Operationen am 9. Februar um 18 Uhr enden wird.(...)"[1]

90 Minuten nach Veröffentlichung dieser Erklärung und nach mehreren telefonischen Warnungen, explodierte in London eine Bombe, wobei zwei Unbeteiligte ums Leben kamen und mehr als hundert Menschen verletzt wurden. In den Tagen danach wurde in London eine weitere Bombe entschärft. Am 18. Februar explodiert eine Bombe beim Transport durch einen IRA Angehörigen vorzeitig in einem Londoner Linienbus. 8 Menschen werden zum Teil schwerverletzt und der IRA Freiwillige Ed O'Brien kommt ums Leben.

Fast 18 Monate nachdem die IRA als einseitige Vorleistung eine Aussetzung aller Operationen erklärt hatte, um im sog. Friedensprozess einen Fortschritt zu ermöglichen, hat die britische Unnachgiebigkeit zu einer Rückkehr zum bewaffneten Kampf geführt. Ende Januar hatte die "Mitchell - Kommission", die im Auftrag der britischen und irischen Regierungen Vorschläge zur Frage der Entwaffnung von paramilitärischen Gruppen ausarbeiten sollte, ihren Bericht vorgelegt und vorgeschlagen umgehend Allparteiengespräche unter Mitwirkung von Sinn Féin (SF) aufzunehmen und gleichzeitig die Entwaffnung zu beginnen. Anders formuliert: die britische Regierung sollte nach Meinung der Kommission die Entwaffnung der IRA nicht länger zur Vorbedingung von Verhandlungen machen.

Ohne eine Erklärung der republikanischen Bewegung, vor allen Dingen der IRA abzuwarten, wischte Major diesen Vorschlag vom Tisch und veröffentlichte im Londoner Parlament die neue Perspektive der britischen Regierung; wohlwissend, daß sein Plan unannehmbar für die republikanische Bewegung sein würde.

Nach der Vorstellung der britischen Regierung soll in Nord Irland eine Versammlung gewählt werden, in der dann Gespräche über die Zukunft Nord Irlands stattfinden sollen.

Eine interne nord irische Lösung war von allen nationalistischen Parteien immer ausgeschlossen worden. Einzig die irische Regierung hatte kurzzeitig Gesprächsbereitschaft zu diesem Thema signalisiert. Eine gewählte nord irische Versammlung mit einer vorprogrammierten unionistisch/loyalistischen Mehrheit wäre eine Rückkehr zur Ausgangssituation vor 1972, in der die UnionistInnen den politischen und gesellschaftlichen Alltag in einem "protestant state for protestant people" diktieren konnten.

Der Vorschlag Majors dorthin zurückzukehren, hätte das Veto-Recht der UnionistInnen endgültig institutionalisiert und eben nicht, wie von nationalistischer Seite immer gefordert aufgehoben. Wahlen zu einer nord irischen Versammlung hätten zu einer inakzeptablen Konservierung des Status Quo geführt.

Ganz überraschend kam diese Entwicklung dennoch nicht. Bei der Verkündung der "Twin Track Strategy" im November 95 lagen alle Widersprüche der Strategie auf der Hand und John Major erklärte schon damals, daß eventuelle Vorschläge der Mitchell-Kommission für die britische Regierung nicht bindend sein würden.

Bleibt festzustellen, daß die britische Regierung mit der Verweigerung von Allparteiengesprächen, dem Einführen immer neuer Vorbedingungen, dem Festhalten am unionistischen Veto und dem Nichtreagieren auf eine einseitige, ohne Vorbedingungen erklärte Einstellung von IRA Operationen klar demonstriert hat, daß für sie eine Veränderung der politischen Situation in Nord Irland nicht zur Disskussion steht.

"Die IRA ist vor dem 9.Februar zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht einmal den Anschein der Hoffnung gegeben hat, daß Britannien und damit auch die unionistischen Führungen zur Zeit ansatzweise an positiven Entwicklungen beteiligt sind. Wir können nicht einen Schwindel mittragen, dessen Zweck die eigene Kapitulation ist."[2]

Trotz der Wiederaufnahme von militärischen Operationen durch die IRA ist und bleibt das nächste Ziel der republikanischen Bewegung, also auch SF's und der IRA die Durchsetzung von Verhandlungen aller am Konflikt beteiligter Parteien ohne Vorbedingungen.

[1] *IRA Erklärung vom 9.Februar 96*

[2] *Interview mit einer SprecherIn der IRA, AP/RN 15. Februar 96*

Fuck the IRA

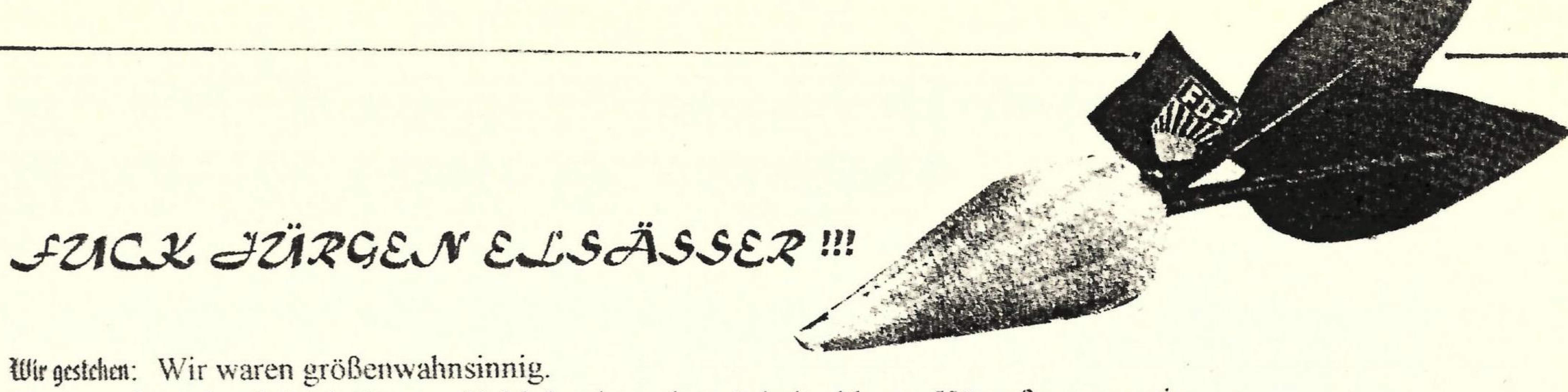
DOKUMENTATION: Kommentar aus der Jungen Welt vom14.2.96

Ein bißchen größenwahnsinnig sind sie schon, die Damen und Herren Nationalisten aus Nordirland: Zuerst zünden sie eine halbe Tonne Sprengstoff im Herzen Londons, und als ihnen dann der britische Premier Major in einem Anflug von Fair Play allgemeine Wahlen in Ulster anbietet, werden sie auch noch pampig und lehnen ab. Um die Dimensionen klarzumachen, sei der Vorgang auf die BRD übertragen: Nehmen wir mal an, eine hiesige Regionalpartei – etwa die PDS – betriebe die Abspaltung der unterjochten Provinzen von der Zentralgewalt nicht nur mit linker Phraseologie, sondern auch mit Dynamit und TNT. Ob dann wohl Kohl am nächsten Tag Gysi vorgezogene Neuwahlen in den neuen Bundesländern offerierte? Eher würde das Liebknecht-Haus von der GSG9 gestürmt und die PDS als »kriminelle Vereinigung« aufgelöst – schon bald dürften die Terroristen der Marquardt-Wagenknecht-Bande im 7. Stock in Stammheim auf ihren Selbstmord warten.

Dabei ist der Vergleich eher noch schmeichelhaft für Sinn Féin. Nicht nur, daß ihr Wähleranteil in dem fraglichen Territorium deutlich unter dem der PDS liegt. Viel wichtiger ist: Eine theoretisch angenommene Sezession Ostdeutschlands von der BRD wäre ein progressiver Schritt, die von IRA/Sinn Féin programmatisch anvisierte Sezession Ulsters von Großbritannien zutiefst reaktionär. Im einen Fall würde eine Wiedervereinigung unter völkischem Vorzeichen aufgehoben, im anderen Fall herbeigeführt. Der einzige Vorwand, um eine Gemeinsamkeit zwischen den Menschen in Belfast und in Dublin herzustellen, ist – wenn nicht das Blut – der gemeinsame Glaube, der Katholizismus. Aber will sich eine linke Kraft, wie es Sinn Féin zu sein vorgibt, im Ernst auf dieses Kriterium beziehen? Müßte sie nicht vielmehr die Zugehörigkeit zum Vereinigten Königreich gegen die irischen Volkstümler verteidigen, da dort der Organisationsgrad der Arbeiterklasse höher, die Emanzipation der Frau fortgeschrittener ist? Ist ein Land, das den Minirock, Beat und Punk erfunden hat, nicht in jedem Fall einer Kolonie des Papstes vorzuziehen?

Halt, ruft gebieterisch der Exeget der Klassiker: Schon Marx habe seinen ursprünglichen Standpunkt, daß die Revolution in England die irische Frage lösen werde, schließlich ersetzt durch das Gegenteil – daß die Befreiung Irlands die unabdingbare Voraussetzung der englischen proletarischen Revolution sei. Doch die Marxologen negieren, daß diese Analyse in der Epoche zwischen Feudalismus und Kapitalismus ihre Richtigkeit gehabt haben mag. Im Übergang zwischen Kapitalismus und Imperialismus stellt sich die Sache anders dar: Spätestens 1916, als die aufständischen Iren sich ihre Waffen von Tirpitz' U-Booten liefern ließen, wurde aus einer antiimperialistischen Kraft ein Alliierter der deutschen Geopolitik. Dies gilt bis heute: Eine Schwächung Großbritanniens durch nationale Sezessionismen paralysiert den wichtigsten Gegenpol zu einem germanisierten Kerneuropa – ohne daß sich für die Arbeiterklasse irgendetwas bessert.

Jürgen Elsässer



FUCK JÜRGEN ELSÄSSER !!!

Wir gestehen: Wir waren größenwahnsinnig.
Und erst jetzt durch Dich, Jürgen, Held der deutschen Arbeiterklasse, Kämpfer gegen ein germanisiertes Kerneuropa, jetzt erst haben wir begriffen:
Wir haben uns versündigt ! Zuerst zünden wir eine halbe Tonne Sprengkraft im Herzen Londons, und als uns dann der britische Premier Major in einem Anflug von Fair Play allgemeine Wahlen in Ulster anbietet, werden wir auch noch pampig und lehnen ab. Halt,- ruft gebieterisch unser Gewissen: Wie konnten wir das der deutschen Arbeiterklasse antun ?!? Und erst der britischen ! Haben sie uns Frauen nicht mit dem Minirock die Freiheit gebracht ?

Jetzt wissen wir: Wir sind nicht allein! Die PDS führt die unterjochten Provinzen in die Abspaltung von der Zentralgewalt, scheut nicht die Konfrontation mit den Heckenschützen, die in den ostdeutschen Schrebergärten hinter den Gartenzäunen lauern, stellt sich schützend vor die Marquardt-Wagenknecht-Bande, die zur Zielscheibe der GSG9 geworden sind, verteidigt das Karl-Liebknecht-Haus bis zum bitteren Ende! Was für ein Kampf ! Voller Demut stehen wir vor Euch, wir, die irischen Volkstümler; wir sind sprachlos.

Jürgen, wir sind Dir dankbar: Durch Dich und Deine Zeilen ist uns klar geworden,- ach so schmerzhaft klar-, daß wir fehlgeleitet waren: Unsere Kämpfe, ein Kampf für Rom! Wie Judas damals haben wir die britische Arbeiterklasse verraten, in unserem Stolz und Egoismus uns an der deutschen Arbeiterklasse vergangen.
Weh uns - was haben wir Schmach gebracht über unser Volk und die Weltrevolution !
Nicht für Selbstbestimmung und Gleichberechtigung haben wir gekämpft, sondern für das Blut und den Katholizismus. Und dabei haben sich die Briten so ausdauernd bemüht, haben weder Kosten noch Gewehre noch Tote gescheut, uns dies beizubringen. Und wir haben nicht auf sie gehört ! Wie konnten wir John Major so vor den Kopf stoßen ? Ausgerechnet ihn, der sich so für die Arbeiter des Vereinigten Königreiches einsetzt ? Ihn, der sich dafür aufopfert,ein Bollwerk gegen ein Großdeutschland zu errichten ? Und wir, wir dachten nur an unsere völkischen Ziele ...
Schande über uns, gleich kübelweise !

Du hast uns den rechten Weg gezeigt, Jürgen : Wir verzichten auf reaktionäre Forderungen wie Selbstbestimmung und Gleichberechtigung, wollen gemeinsam mit Deiner deutschen Arbeiterbewegung heim ins Vereinigte König**REICH**: Minirock, Beat und Punk sollen uns erhalten bleiben und uns in die Zukunft führen.

zwei **betroffene** der gruppe 'fuck jürgen elsässer'

PS : Ruft ihr uns dann an, wenn es soweit ist ?

(Wir sind uns bewußt, daß die Situation in Nordirland gerade für diejenigen, die sich nicht näher mit diesem Thema auseinandergesetzt haben, nicht leicht nachzuvollziehen ist. Umso mehr sind wir wütend, daß eine Zeitung wie die Junge Welt, die sich 'links' nennt, einen Kommentar abdruckt, der sich durch Geschichtsunkenntnis, Blindheit gegenüber der aktuellen Situation, Rassismus und deutschem Nationalismus 'auszeichnet'. Denn nichts anderes ist es, wenn Elsässer die irische Bevölkerung als 'Volkstümler' bezeichnet und Kategorien wie Klasse, Geschlecht, Alter, etc. nicht berücksichtigt. 'Deutsch-national' ist seine Argumentationsweise, wenn er das Recht der unterdrückten Teile der nordirischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung dem Anliegen einer deutschen Arbeiterbewegung, - was das auch immer ist -, unterstellt und den an den Befreiungskämpfen beteiligten Männern und Frauen vorwirft, sie würden Verrat an der britischen und deutschen Arbeiterbewegung üben.)

§ 129a-Prozeß gegen Ursel Quack

Gründung des Komitees „Solidarität heißt Widerstand“

Voraussichtlich Ende März 1996 beginnt vor dem Staatsschutzsenat am Oberlandesgericht Koblenz der Prozeß gegen Ursel Quack. Sie wird von der Bundesanwaltschaft (BAW) angeklagt wegen § 129a, „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“, womit in diesem Fall die RAF gemeint ist.

Solidarität heißt Widerstand

Um praktische Solidarität gegen diesen Staatsschutzprozeß zu entwickeln, hat sich Ende Januar 1996 das Komitee „Solidarität heißt Widerstand“ gegründet. Ziel des Komitees ist es *„gegen den Prozeß zu mobilisieren und mit dazu beizutragen, daß die Linke eine Kraft wird, die in der Lage ist, die Staatsschutzangriffe gemeinsam zurückzuschlagen. In dem konkreten Verfahren ist es auch unser Interesse, daß der Bundesanwaltschaft und der Staatsschutzkammer ihr Vorhaben zusammenklappt. Die Staatsschutzjustiz darf mit ihren Kriminalisierungszielen nicht durchkommen“* (aus der Plattform des Komitees).
Das Komitee sieht den Prozeß gegen Ursel nicht isoliert, sondern vielmehr im Kontext der aktuellen Kriminalisierungsversuche gegen linke Gruppen, Zusammenhänge und Personen, bspw. der Prozeß gegen die Autonome Antifa (M), der jetzt im August beginnen soll, die Verfahren gegen angebliche Mitglieder der „radikal“-Redaktion, oder die Verhängung von Beugehaft gegen vier BewohnerInnen eines Wohnprojektes in der Fritzlarer Straße in Frankfurt.

Daß die Linke derzeit zersplittert und in der Defensive ist, ermutigt die Herrschenden dazu, die Repressionsschraube anzuziehen. Die wenigen vorhandenen Widerstandsstrukturen sollen zerstört, Kämpfende zermürbt und unter Umständen eingeknastet werden. Aber gerade gegen den Zustand der Defensive ist es eine wensentliche Frage, wie eine Neukonstituierung einer linken Kraft gegen die massiven Staatsschutzangriffe durchgesetzt werden kann.

Am ersten Prozeßtag wird in Koblenz eine Demonstration durchgeführt. Weiteres wird noch bekanntgegeben.

Beteiligt Euch an den Mobilisierungen gegen die Staatsschutzangriffe!
Die Linke muß eine Kraft werden, die in der Lage ist, die Staatsschutzangriffe gemeinsam zurückzuschlagen!

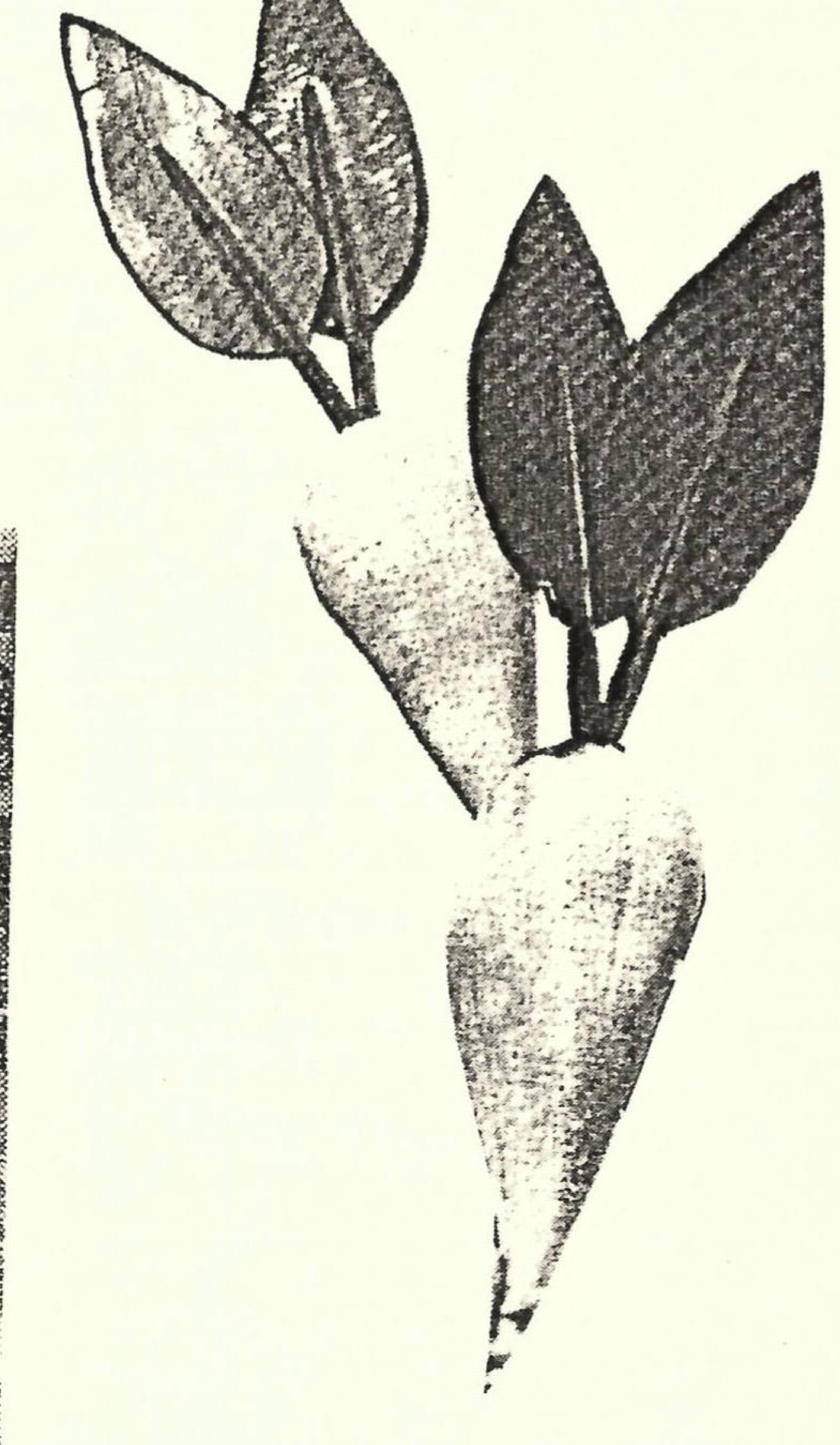
Kontakt:
Komitee
Solidarität heißt Widerstand
Alte Feuerwache
Am Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken

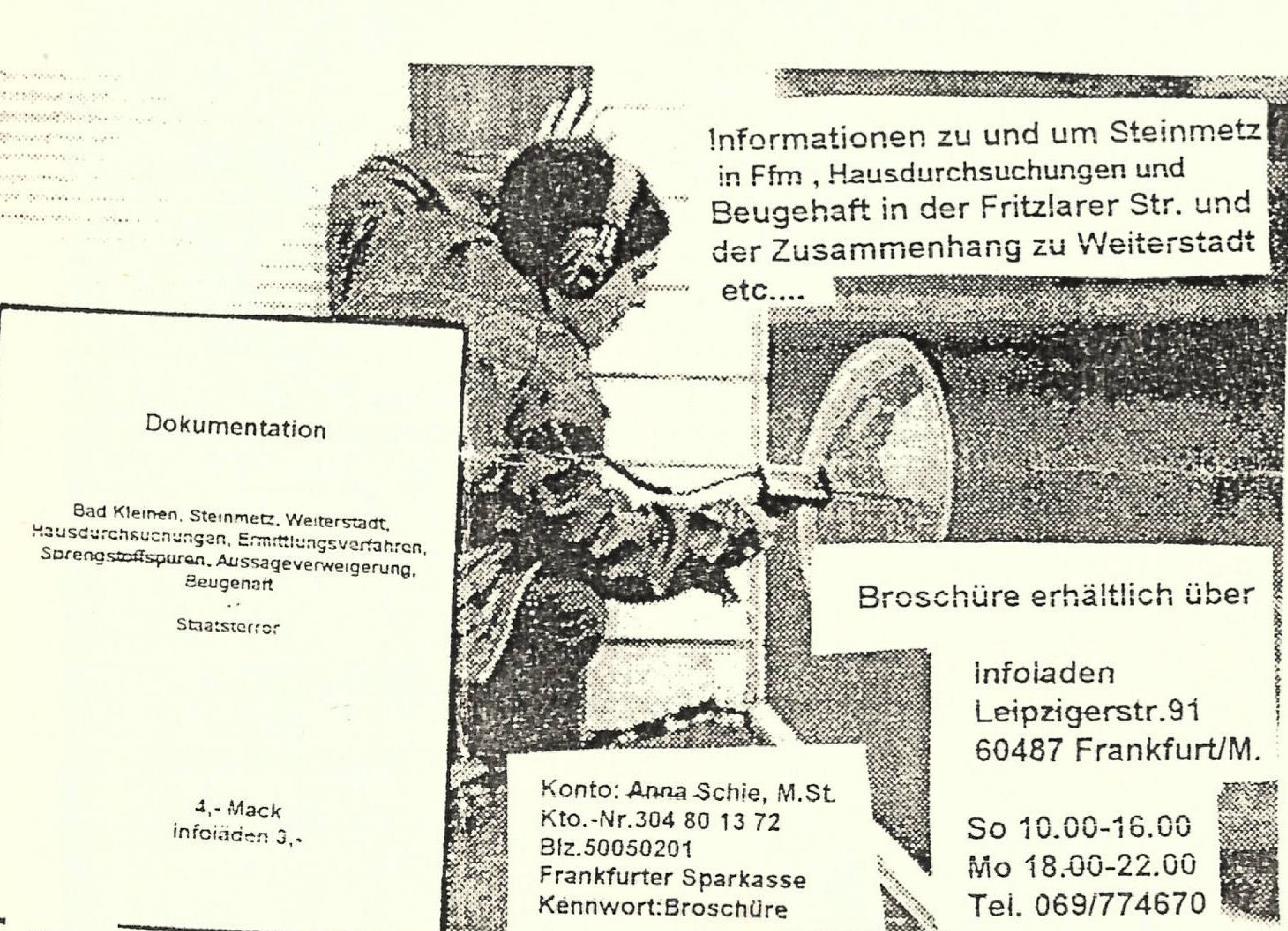


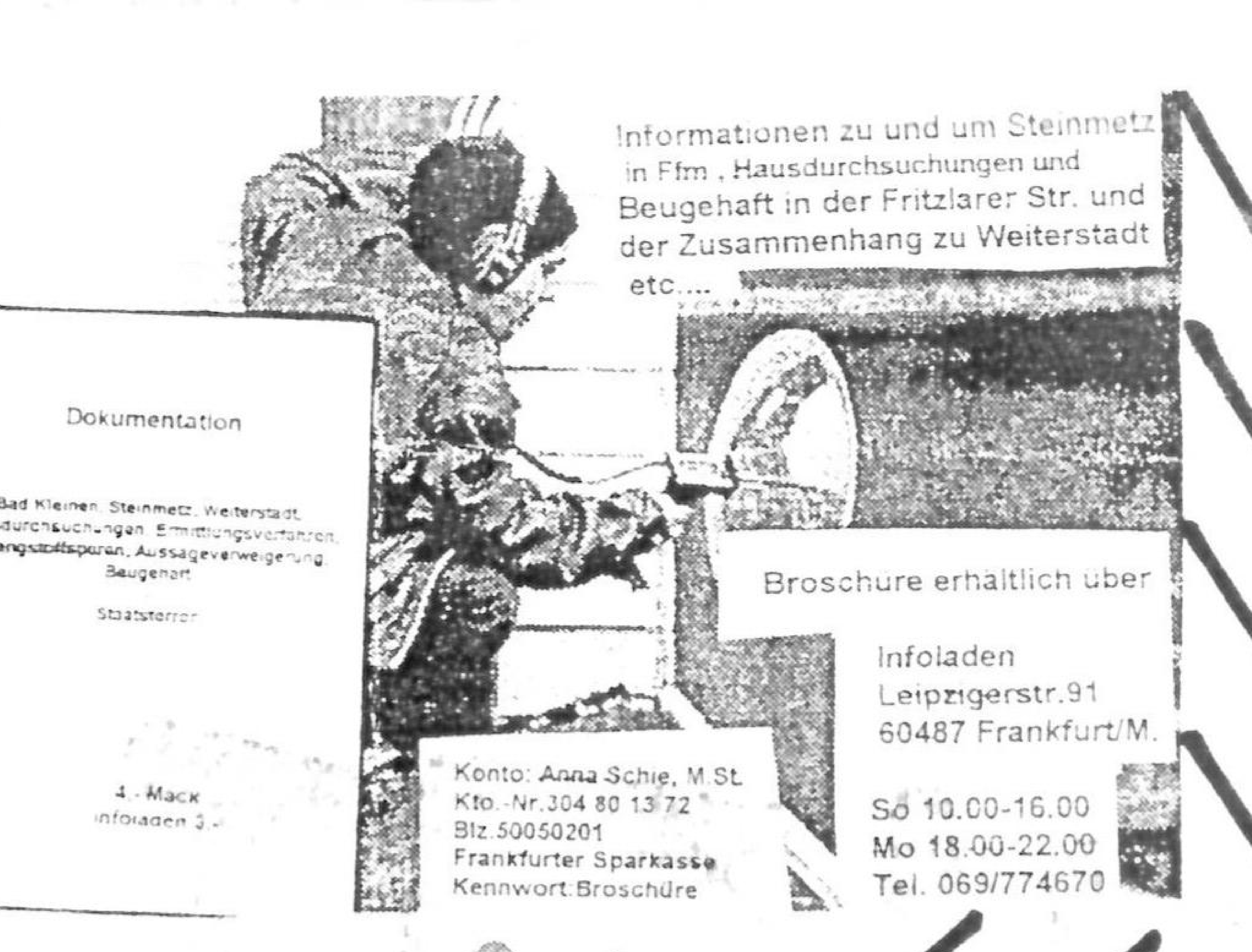
Prozessmobilisierungen kosten Geld

Das Komitee „Solidarität heißt Widerstand“ will mit dazu beitragen, daß die Staatsschutzjustiz den Prozeß gegen Ursel nicht entpolitisiert und reibungslos über die Bühne kriegt. Für die Deckung der bei der Mobilisierung entstehenden Druck-, Fahrt- und sonstigen Kosten sind wir auf Spenden angewiesen.

Wenn Ihr etwas für uns übrig habt:
Kto. Nr. 335348/757 BLZ 660 100 75 Postbank Karlsruhe
Ra. Martin Heiming, Stichwort „Stoffwechsel“







15.3. ,16.Uhr,Alex
Aktion Jugend auf die Straße

Aufruf zur Großdemonstration in Dortmund
am 16. März
gegen Kurdenpolitik der BRD - für eine
politische Lösung für Kurdistan
Ort: Dortmund (Westfalenpark), 10.Uhr
Busse fahren: am Freitag,15.März, 23.Uhr
von Glogauer Str.2 in Berlin-Kreuzberg

16.3. 17.Uhr Demonstrations-und Vorbereitungstreffen
wegen Castor

17.3. Hell's Kitchen im Ex

18.3. Aktionstag gegen Knast, Isolation und Folter
15.Uhr Stadtrundfahrt,Mehringhof
18.Uhr Knastkundgebung,Moabit

1.Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus vom 30.Mai - 2.Juni 1996 in Berlin

Vorbereitungstreffen: Mittwoch 20.März 19.30 Uhr
Blauer Salon, Mehringhof
Gneisenaustr.2a

23.3. ab 20.Uhr Soliparty für die ROTE FLORA
in der Köpi 137

24.3. 19.Uhr Veranstaltung zum Thema
Männersexualität, Yorkstr.59,HH

Sonntag, 24.3.96
19.00 Uhr
Film „*Nackt unter Wölfen*" (Defa, 1962)
Spielfilm über den kommunistischen Widerstand im KZ Buchenwald

Mittwoch, 20.3.96
19.00 Uhr
„Das große Schweigen"
Dokumentarfilm über KZ-Bordelle

Dienstag, 26.3.96
19.00 Uhr
Reihe
„Im Gespräch mit ZeitzeugInnen des antifaschistischen Widerstands"
Fred Löwenberg (Vorsitzender des VdN in Berlin) erzählt über seine Haft im KZ Buchenwald

Freitag, 22.3.96
21.00 Uhr
Das **FrauenLesbenVideoKino** „Out in Friedrichshain" zeigt **„*Mausi kommt raus*"**
ab 20.00Uhr ist das Film-Café geöffnet
Eintritt 4 mark (Women only)

Samstag, 30.3.96
15.00 - 20.00 Uhr
Kaffee und Kuchen im Cafe Größenwahn und um
16.30 Uhr Film:„***Erdbeer und Schokolade***"
(Eintritt frei, Spenden erwünscht)

Samstag, 23.3.96
15.00 - 20.00 Uhr
Kaffee und Kuchen im Cafe Größenwahn und um
16.30 Uhr
Film „***Die Legende von Paul und Paula***"
(Eintritt frei, Spenden erwünscht)

20.30 Uhr
„Frau Schlampe und Herr Spießer"
Jiddische Lieder und deutsche Chansons aus den 20er Jahren
Eintritt 5 mark

Frankfurter Allee
Größenwahn 3. Stock
3 5 7 9
Kinzigstraße
U5 Samariterstr.



Größenwahn
Kinzigstr. 9 HinterHaus
10247 Berlin- Friedrichshain

Bundesweiter Aktionstag 18. März

Gegen Knast, Isolation, Folter und Todesstrafe!



FREIHEIT

für alle politischen Gefangenen

am 7. 7. 1976 brechen vier Gefangene aus der Guerilla aus dem Frauenknast Lehrterstraße aus

15 Uhr Stadtrundfahrt

zu Orten, die mit der Geschichte der linken Bewegung, der Repression und dem Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen, damals wie heute, hier und international, verbunden sind. Mit Kaffee und Kuchen, Information und Diskussion.

Abfahrt: 15.00 Uhr vor dem Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
Ende: gegen 18.00 Uhr vor dem Knast Moabit, Alt-Moabit 12a

Kartenvorverkauf (5 DM) bei: Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a / Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 96 / X-B-Liebig Infoladen Daneben, Liebigstr. 34

18 Uhr Knastkundgebung Moabit

Freiheit für Benjamin Ramos Vega und allen anderen politischen Gefangenen!
Keine Auslieferung an den Folterstaat Spanien!